



Landesprogramm  
**QUEER IN SACHSEN-ANHALT**

**LANDESPROGRAMM QUEER IN SACHSEN-ANHALT**

## Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort der Gleichstellungsministerin .....	4
2. Einführung .....	5
3. Überblick über die Maßnahmen .....	8
4. Schwerpunkte und Maßnahmen.....	10
Bildung und Aufklärung.....	10
1. Zugänge zu queerfeministischer Bildung erleichtern.....	12
2. Queere Fachtagung „Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren“ .....	14
3. Vielfalt fördern: Bildung für Akzeptanz und Respekt in der formalen Bildung.....	15
4. Maßnahmen zur Unterstützung von Regenbogenfamilien.....	16
5. Empowerment queerer Jugendlicher durch informelle Bildung.....	19
Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTIQ* .....	21
6. Verbesserung von Wirksamkeit und Ausstattung der Ansprechperson LSBTTI.....	23
7. Professioneller Opferschutz und Bekämpfung vorurteilsmotivierter Straf- und Gewalttaten durch Polizei .....	24
8. Sicherheit und Akzeptanz für LSBTIQ*-Personen im Justizvollzug.....	26
9. Zivilgesellschaftliches Monitoring zu Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTIQ* .....	28
10. Dunkelfeldstudie zu queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt in Sachsen-Anhalt .....	30
11. Forschung und Lehre zur romantisch-geschlechtlich-sexuellen Vielfalt sowie die Schaffung diskriminierungssensibler Orte an Hochschulen und Universitäten.....	32
12. Stärkung des intersektionalen Gewaltschutzes durch Einbindung queerer Perspektiven .....	34
13. Förderung einer queeren Vielfaltskultur in der Verwaltung.....	36
Gesundheit und Pflege.....	38
14. Queere Kompetenz im Gesundheitswesen durch Fortbildung und ein Versorgungsnetzwerk für trans*, inter* und nichtbinäre Personen in Sachsen-Anhalt.....	39
15. Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit HIV im Alltag, im Alter und in der Pflege.....	42
16. Queersensible Pflege und Betreuung im ländlichen Raum.....	44
Gleichstellung in der Arbeitswelt .....	46
17. Umfassende Sensibilisierung, Vernetzung, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit zu LSBTIQ* und Stärkung der Akzeptanz im öffentlichen Dienst.....	48
18. Sensibilisierungsangebot für Mitarbeitende der Jobcenter und Arbeitsagenturen in Sachsen-Anhalt sowie spezielle Beratungs- und Unterstützungsprogramme für trans*, inter* und nichtbinäre Personen .....	49
Übergreifende Themen .....	50
19. Studie über die Lebensrealität queerer Menschen, insbesondere trans*, inter* und nichtbinäre Personen .....	51
20. Stärkung eines diskriminierungsfreien und queersensiblen Umgangs mit Kindern und Jugendlichen.....	52
21. Sicherstellung bedarfsgerechter Leistungen und Beratung der Kinder und Jugendhilfe für queerer junge Volljährige mit Fluchterfahrung.....	54

22. Digitale Beratung für geschlechtliche Vielfalt mit besonderen Bedarfen und qualifizierter Peer-Beratung .....	56
23. Sicherheitskonzepte für queere Veranstaltungen und Organisationen.....	58
24. Verstetigung der Landeskoordinierungsstellen LSBTIQ* .....	60
5. Abkürzungen.....	62

### Anmerkung zur geschlechterinkluisiven Schreibweise

Das Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ zielt darauf ab, die Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu stärken. Dieses Anliegen spiegelt sich auch in der sprachlichen Gestaltung dieses Dokuments wider. Um sowohl den Anforderungen etablierter Rechtschreibstandards als auch dem Anliegen eines möglichst geschlechtergerechten und inklusiven Sprachgebrauchs gerecht zu werden, wird im Text überwiegend auf neutrale, geschlechtsübergreifende Formulierungen zurückgegriffen. Die Begriffe trans\*, inter\* und LSBTIQ\* werden mit Gendersternchen verwendet. Bei diesen handelt es sich um etablierte Selbstbezeichnungen, die im öffentlichen wie fachlichen Diskurs breite Anerkennung gefunden haben. Bei direkten Zitaten, Projektiteln Eigennamen sowie der Wiedergabe externer Bezeichnungen wird die gewählte Schreibweise, einschließlich der Verwendung von Sonderzeichen wie dem Asterisk übernommen.

## 1. Vorwort der Gleichstellungsministerin

Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen, um die Gleichstellung und Akzeptanz von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität zu stärken – etwa durch landesweite Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, die Förderung queerer Infrastrukturen sowie die Verankerung entsprechender Themen in Verwaltung und im Bildungsbereich. Mit dem Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) in Sachsen-Anhalt wurde hierfür eine wichtige Grundlage geschaffen.



Gleichzeitig zeigen Erfahrungen aus Beratung, Praxis und Wissenschaft, dass queere Menschen auch heute noch mit Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt konfrontiert sind. Daraus ergibt sich ein klarer Auftrag für Politik und Verwaltung, Strukturen weiterzuentwickeln und Angebote gezielt zu stärken.

Mit dem Landesprogramm Queer in Sachsen-Anhalt wird dieser Weg konsequent fortgeführt. Es bündelt die Maßnahmen der Landesregierung, entwickelt bestehende Ansätze weiter und schafft einen ressortübergreifenden Rahmen, um Diskriminierung abzubauen, das Bewusstsein für unterschiedliche Lebensrealitäten zu stärken und eine Kultur des Respekts und der Akzeptanz zu fördern. Ein zentrales Ziel ist es, die Lebenssituation queerer Menschen in Sachsen-Anhalt konkret zu verbessern – durch den Ausbau von Unterstützungs- und Beratungsangeboten, durch Prävention und durch die Stärkung von Teilhabe und Sichtbarkeit.

Das Programm wurde unter Einbeziehung der queeren Community sowie in enger Abstimmung mit den beteiligten Ressorts erarbeitet. Es verbindet die Perspektiven aus Praxis, Verwaltung und Politik und schafft damit eine tragfähige Grundlage für die kommenden Jahre. Mein Dank gilt allen, die an der Erarbeitung des Landesprogramms mitgewirkt haben – insbesondere den engagierten Personen und Initiativen aus Zivilgesellschaft und Praxis sowie den beteiligten Ressorts und der Verwaltung.

Die Initiative queerer Engagierter hat auch den Impuls für die Umbenennung des bisherigen Aktionsprogramms LSBTTI in das Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ gegeben. Der neue Titel trägt der Weiterentwicklung des Programms Rechnung und steht für einen offenen und zeitgemäßen Ansatz der Gleichstellungspolitik des Landes.

Mit dem Landesprogramm setzt die Landesregierung ein klares Signal: Für ein respektvolles Zusammenleben, gleiche Chancen und eine Gesellschaft, in der Vielfalt selbstverständlich ist und queere Menschen sicher, sichtbar und gleichberechtigt leben können.

Ihre



## 2. Einführung

Im Februar 2024 beauftragte die Landesregierung das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mit der Weiterentwicklung des Aktionsprogramms LSBTTI zu einem eigenständigen Landesprogramm (KV 0532<sup>1</sup>). Grundlage dafür war der Koalitionsvertrag Sachsen-Anhalt 2021-2026, in dem festgelegt wurde:

*„Das Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) entwickeln wir unter Beteiligung von LSBTIQ\*-Organisationen als Aktionsprogramm LSBTIQ\* weiter und führen es als eigenständiges Landesprogramm fort. Wir sehen das Aktionsprogramm der Landesregierung als zentrale, ressortübergreifende Aufgabe im Land Sachsen-Anhalt für die nachhaltige Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans\*-, intergeschlechtlichen, nonbinären sowie queeren Menschen (LSBTIQ\*) ... Dabei werden Interessen- und Fachorganisationen hinzugezogen.“<sup>2</sup>*

Vorangegangen war das im Jahr 2015 initiierte „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und Intersexuellen (LSBTTI) in Sachsen-Anhalt“<sup>3</sup>. In Zusammenarbeit mit der Landesregierung und der Zivilgesellschaft wurden 69 Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Aufklärung, Öffentlicher Dialog, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität sowie gesetzliche Grundlagen umgesetzt. Der Schwerpunkt lag damals auf der gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung.

Im September 2022 wurde der Umsetzungsbericht zum Aktionsprogramm LSBTTI<sup>4</sup> vorgelegt. Er belegt, dass in den vergangenen Jahren in zentralen Bereichen - etwa in der Verankerung queerer Themen in der Bildungsarbeit, der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und der Sensibilisierung der öffentlichen Verwaltung - Fortschritte erzielt wurden. Gleichzeitig hat sich das gesellschaftliche und politische Umfeld verändert: Neue rechtliche Entwicklungen, eine zunehmende Sichtbarkeit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sowie eine Zunahme von Angriffen auf queere Lebensweisen erfordern ein zeitgemäßes und handlungsfähiges Landesprogramm.

Mit der Novellierung wird sichergestellt, dass die Maßnahmen weiterhin zielgerichtet, wirksam und an den aktuellen Bedarfen queerer Menschen ausgerichtet sind. Das nun novellierte Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ soll die Lebenssituation von

---

<sup>1</sup> Kabinettsvorlage aus der 8. Legislatur am 29.01.2024

<sup>2</sup> Koalitionsvertrag 2021-2026, <https://www.sachsen-anhalt.de/lj/politik-und-verwaltung/die-landesregierung> (letzter Zugriff 27.08.2025)

<sup>3</sup> Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI), <https://leitstelle-frauen-geschlechtergleichstellung.sachsen-anhalt.de/geschlechtlich-sexuelle-vielfalt/aktionsprogramm-fuer-die-akzeptanz-von-lsbtti> (letzter Zugriff 5.09.2025)

<sup>4</sup> Umsetzungsbericht zum "Aktionsprogramm LSBTTI", <https://leitstelle-frauen-geschlechtergleichstellung.sachsen-anhalt.de/geschlechtlich-sexuelle-vielfalt/aktionsprogramm-fuer-die-akzeptanz-von-lsbtti> (letzter Zugriff 27.08.2025)

queeren Menschen verbessern, indem es ihre gesellschaftliche Akzeptanz stärkt, ihre rechtliche Gleichstellung gewährleistet und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.

Für die Fortschreibung des Landesprogramms haben sich nach einem ausgeschriebenen Interessenbekundungsverfahren dreißig engagierte Personen aus Vereinen und Verbänden aus ganz Sachsen-Anhalt zusammengefunden. So konnte eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft sichergestellt werden. Die Engagierten diskutierten in vier Arbeitsgruppen und formulierten thematisch geforderte Ziele in den vier Handlungsfeldern

- Bekämpfung von Gewalt und vorurteilsmotivierter Kriminalität,
- Bildung und Aufklärung,
- Gesundheitswesen und Pflege sowie
- Gleichstellung in der Arbeitswelt.

Die gewählten Themen zielen darauf ab, strukturelle und alltägliche Benachteiligungen queerer Menschen anzugehen – beispielsweise im Beruf, im öffentlichen Raum, in der Bildung und bei der medizinischen Versorgung. Damit knüpfen die Arbeitsgruppen direkt an die acht gleichstellungspolitischen Landesziele<sup>5</sup> an, die als Rahmen für die Gleichstellung von Personen aller Geschlechteridentitäten dienen – auch jener, die sich nicht binär definieren. Ziel ist es, Diskriminierung abzubauen, Sichtbarkeit zu schaffen und eine inklusive Gesellschaft in Sachsen-Anhalt aktiv mitzugestalten. Im partizipativen Prozess wurden konkrete Projekte sowie weitreichende strukturelle Initiativen als Maßnahmen geplant. Diese wurden anschließend vor der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) vorgestellt, von den zuständigen Fachressorts geprüft und inhaltlich sowie finanziell bewertet.

In enger Abstimmung mit der Moderation der Handlungsfelder wurden die Vorschläge zu einem kohärenten Gesamtplan mit 24 Maßnahmenpaketen gebündelt – inklusive einer aktualisierten Sachstandsübersicht, Ziel, kurz- und langfristiger Maßnahmen sowie Zuständigkeiten. Der Prozess wurde durch zahlreiche Einzelgespräche mit den Ressorts und Kooperationsbeteiligte begleitet, um breite Beteiligung, inhaltlichen Konsens und Akzeptanz für das novellierte Landesprogramm zu sichern. Eine Herausforderung stellte der bereits beschlossene Doppelhaushalt für das Jahr 2026 dar, da die Umsetzung der neu finanzierten Maßnahmen dadurch erschwert wurde. Dennoch wurde die enge Zeitschiene konstruktiv genutzt und bereits umsetzbare Vorhaben vorgezogen. Beispiele sind der interdisziplinäre Fachtag „Inter\*“ für Fachkräfte aus der Medizin, Beratende, Community und Verwaltung<sup>6</sup> am 24. Oktober 2025 oder die Durchführung eines Workshops am 9. Dezember 2025 für Mitarbeitende der Jobcenter und Arbeitsagenturen in Sachsen-Anhalt zur Sensibilisierung für queere Bedürfnisse und Stärkung der Beratungssicherheit mit dem Ziel eines Fortbildungscurriculums.

---

<sup>5</sup> Die acht gleichstellungspolitischen Landesziele: <https://leitstelle-frauen-geschlechtergleichstellung.sachsen-anhalt.de/gleichstellung-als-querschnittsaufgabe/landesprogramm-2020/gleichstellungspolitische-landesziele> (letzter Zugriff 27.08.2025)

<sup>6</sup> <https://fachtag-inter.de/> (letzter Zugriff 6.09.2025)

Mit dem Kabinettsbeschluss am 12. Mai 2026 bekräftigt die Landesregierung ihre Verpflichtung gegenüber dem Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ und gibt ihm eine klare Ausrichtung. Das Programm soll sowohl Signalwirkung entfalten als auch praktische Wirkung zeigen. Durch gezielte Veröffentlichungen sowie eine systematische Prüfung in den Ressorts – mithilfe von Berichtsbögen zur internen Berichterstattung – wird die Grundlage für die Evaluation nach drei Jahren geschaffen. So werden queere Themen sichtbar gemacht und ein klares Bekenntnis zu Vielfalt demonstriert. Praktisch soll das Programm Strukturen aufbauen, Maßnahmen fördern und Behörden durch Beratung, Qualifizierung und fachliche Begleitung unterstützen. Schwerpunkte sind die Stärkung der Angebote in ländlichen Räumen, Professionalisierung und Wissensvermittlung, finanziert durch langfristige Mittel.

### 3. Überblick über die Maßnahmen

Nr.	Titel der Maßnahme	Ressort
1	Zugänge zu queerfeministischer Bildung erleichtern	MS
2	Queere Fachtagung „Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren“	MS
3	Vielfalt fördern: Bildung für Akzeptanz und Respekt in der formalen Bildung	MB
4	Maßnahmen zur Unterstützung von Regenbogenfamilien	MS
5	Empowerment queerer Jugendlicher durch informelle Bildung	MS
6	Verbesserung von Wirksamkeit und Ausstattung der Ansprechperson LSBTTI	MI
7	Professioneller Opferschutz und Bekämpfung vorurteilsmotivierter Straf- und Gewalttaten durch Polizei	MI
8	Sicherheit und Akzeptanz für LSBTIQ*-Personen im Justizvollzug	MJ
9	Zivilgesellschaftliches Monitoring zu Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTIQ*	MS
10	Dunkelfeldstudie zu queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt in LSA	MS
11	Forschung und Lehre zur romantisch-geschlechtlich-sexuellen Vielfalt sowie die Schaffung diskriminierungssensibler Orte an Hochschulen und Universitäten	MWU
12	Stärkung des intersektionalen Gewaltschutzes durch Einbindung queerer Perspektiven	MS MI
13	Förderung einer queeren Vielfaltskultur in der Verwaltung	MS AFI
14	Queere Kompetenz im Gesundheitswesen durch Fortbildung und ein Versorgungsnetzwerk für trans*, inter* und nichtbinäre - Personen in Sachsen-Anhalt	MS MID
15	Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit HIV im Alltag, im Alter und in der Pflege	MB
16	Queersensible Pflege und Betreuung im ländlichen Raum	MS
17	Umfassende Sensibilisierung, Vernetzung, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit zu LSBTIQ* und Stärkung der Akzeptanz im öffentlichen Dienst	MS AFI

18	Sensibilisierungsangebot für Mitarbeitende der Jobcenter und Arbeitsagenturen in Sachsen-Anhalt sowie spezielle Beratungs- und Unterstützungsprogramme für trans*, inter* und nichtbinäre Personen	MS
19	Studie über die Lebensrealität queerer Menschen, insbesondere trans*, inter* und nichtbinäre Personen	MS
20	Stärkung eines diskriminierungsfreien und queersensiblen Umgangs mit Kindern und Jugendlichen	MS
21	Sicherstellung bedarfsgerechter Leistungen und Beratung der Kinder- und Jugendhilfe für queere junge Volljährige mit Fluchterfahrung	MS MI
22	Digitale Beratung für geschlechtliche Vielfalt mit besonderen Bedarfen und qualifizierter Peer-Beratung	MS
23	Sicherheitskonzepte für queere Veranstaltungen und Organisationen	MI
24	Verstetigung der Landeskoordinierungsstellen LSBTIQ*	MS

## 4. Schwerpunkte und Maßnahmen

### Bildung und Aufklärung

Bildungseinrichtungen sind zentrale Orte gesellschaftlicher Teilhabe – zugleich aber auch Räume, in denen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder familiärer Lebensform nach wie vor Realität ist. Zahlreiche Studien<sup>7</sup> belegen, dass queere Kinder und Jugendliche im Schulalltag einem höheren Risiko für Spott, Ausgrenzung und Gewalt ausgesetzt sind als heterosexuelle und solche, die sich mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren.

Gleichzeitig zeigen Forschungsergebnisse, dass eine diskriminierungssensible Bildung, die romantische, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt<sup>8</sup> sichtbar macht und wertschätzt, einen positiven Einfluss auf das Schulklima und das Wohlbefinden aller Schülerinnen und Schüler hat.

Insbesondere die Fortbildung pädagogischer Fachkräfte ist dabei ein entscheidender Baustein: Nur wer sensibilisiert ist, kann Diskriminierung erkennen, benennen und ihr entgegenwirken. Ein strukturierter Austausch zwischen Schule, Jugendhilfe und Zivilgesellschaft fördert die Entwicklung einer kohärenten, inklusiven Bildungskultur. Informelle Bildungsangebote und Peer-Netzwerke spielen eine zentrale Rolle bei der Stärkung von Partizipation, Selbstwirksamkeit und sozialer Teilhabe junger queerer Menschen – besonders in Regionen mit geringer Sichtbarkeit und Unterstützung. Sie bieten Räume, in denen junge Menschen sich sicher fühlen, ihre Identität entfalten und gemeinsam Lösungen entwickeln können.

Sachsen-Anhalt stärkt den Zugang zu queerfeministischer Bildung durch aktuelle, leicht verständliche Informationen auf digitalen Plattformen. Dazu zählt die Webseite der Leitstelle für Gleichstellung- und Frauenpolitik<sup>9</sup>, die als zentraler Informationsort für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt fortlaufend ergänzt und sichtbar gestaltet wird. Die Webseiten des

---

<sup>7</sup> - Klocke, Ulrich/Latz, Sabrina/Scharmacher, Julian (2018): Schule unterm Regenbogen? Einflüsse auf die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt durch Lehrkräfte,

<https://www.fachportal-paedagogik.de/literatur/vollanzeige.html?Fid=3336168> (letzter Zugriff 10.04.2025)

- Krell, Claudia/Oldemeier, Kerstin (2018): Queere Freizeit Inklusions- und Exklusionserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\* und \*diversen Jugendlichen in Freizeit und Sport,

[https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/queere\\_freizeit/DJI\\_QueereFreizeit.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/queere_freizeit/DJI_QueereFreizeit.pdf) (letzter Zugriff 10.04.2025)

- Deutsches Jugendinstitut e. V. (2015): Coming-out – und dann...?!,

[https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2015/DJI\\_Broschuere\\_ComingOut.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_Broschuere_ComingOut.pdf) (letzter Zugriff 10.04.2025)

<sup>8</sup> Der landesgeförderte Verein KgKJH e.V. hat ein Glossar mit zentralen Begriffen veröffentlicht, dass zur weiteren Lektüre empfohlen wird: [www.vielfalt-erfahrenswert.de](http://www.vielfalt-erfahrenswert.de) (letzter Zugriff 10.04.2025)

<sup>9</sup> <https://leitstelle-frauen-geschlechtergleichstellung.sachsen-anhalt.de/> (letzter Zugriff 5.09.2025)

Bürgerservice - etwa zu Standesämtern - bieten klare Informationen über die Möglichkeiten der Änderung von Geschlechtseintrag und Vornamen<sup>10</sup>.

Die Maßnahmen dieses Kapitels zielen darauf ab, die Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt systematisch für queere Menschen zu öffnen – in der Schule, in der Jugendhilfe und im außerschulischen Bereich. Das Land setzt dabei auf eine Bildung, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Haltungen verändert, Vielfalt als Normalität begreift und jungen Menschen ermöglicht, ihre eigene Lebenswirklichkeit aktiv und selbstbestimmt zu gestalten.

---

<sup>10</sup> <https://buenger.sachsen-anhalt.de/detail?areaId=16688&searchtext=&infotype=2&sort=&pstId=411042145&ags=15002000> (letzter Zugriff 10.08.2025)

## 1. Zugänge zu queerfeministischer Bildung erleichtern

### SACHSTAND:

In Sachsen-Anhalt werden queerfeministische Bildungsansätze durch verschiedene Initiativen und Programme gefördert. Das Ministerium für Bildung (MB) trägt dazu bei, Zugänge zu queerfeministischer Bildung zu verbessern, indem es Initiativen unterstützt, die auf Sensibilisierung, Empowerment und strukturelle Veränderungen abzielen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) leistet durch Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und gezielte Förderungen einen Beitrag zur Sensibilisierung für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) setzt mit dem Programm FEM POWER gezielte Impulse für feministische und queerpolitische Bildungsprojekte und unterstützt zudem die Netzwerkstelle „gender\*bildet“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Genderforschung mit der Bildungspraxis verbindet und deren Erkenntnisse in Lehr- und Lernkontexte übersetzt.

Aktuelle Befunde des Monitor 2025 zeigen, dass die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Bevölkerung Sachsens-Anhalts insgesamt eher moderat ausfällt und die Akzeptanz meist deutlich überwiegt. Gleichzeitig offenbart sich jedoch eine tiefgreifende Ambivalenz: Während queere Lebensweisen weitgehend akzeptiert werden, befürworten 56 Prozent der Befragten die Ansicht, es gebe nur zwei Geschlechter – und damit eine binäre Geschlechterordnung, die trans\*, nicht-binäre und diverse Geschlechtsidentitäten unsichtbar macht. Zugleich geht immerhin ein gut unterlegter Teil von 44 Prozent von der Existenz einer größeren Bandbreite geschlechtlicher Identitäten aus<sup>11</sup>.

Diese Diskrepanz unterstreicht, wie wichtig es ist, queerfeministische Bildung stärker im lebenslangen Lernen zu verankern – von der frühkindlichen Bildung über Schule und Berufsausbildung bis hin zu Erwachsenen- und Weiterbildung. Nur so kann ein tieferes Verständnis für die Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten entstehen, das über oberflächliche Toleranz hinausgeht.

Die Volkshochschulen<sup>12</sup> Sachsen-Anhalts und auch die Bibliotheken bieten hierfür ideale Voraussetzungen: Mit 15 Volkshochschulen und rund 60 Standorten verfügt das Land über ein flächendeckendes, niedrighschwelliges und vertrauenswürdiges Weiterbildungsnetz. Dieses Setting könnte es ermöglichen, queerfeministische Themen breit, lokal und barrierearm zu vermitteln. Die Nachfrage nach qualifizierten Fortbildungen, didaktischen Materialien und Ressourcen wächst kontinuierlich. Die Volkshochschulen könnten hier als Motor fungieren und dazu beitragen, dass queerfeministische Bildung zu einem festen

---

<sup>11</sup> Landeszentrale für politische Bildung (2025): Sachsen-Anhalt-Monitor 2025, S. 120 [https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM\\_2025\\_V0812\\_1.pdf](https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM_2025_V0812_1.pdf) (letzter Zugriff 13.01.2026)

<sup>12</sup> <https://www.vhs-st.de/> (letzter Zugriff 5.09.2025)

Bestandteil der Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt wird. Durch diese Maßnahmen könnte eine Gesellschaft gefördert werden, die Vielfalt und Individualität wertschätzt und alle Menschen gleichberechtigt teilhaben lässt.

Öffentliche Bibliotheken können hier eine zentrale Rolle übernehmen: Als offene, barrierearme und neutrale Orte der Bildung und Begegnung bieten sie ideale Voraussetzungen, um queere und feministische Themen sichtbar zu machen – sei es durch gezielte Medienauswahl, Lesungen, Workshops, Ausstellungen oder Kooperationen mit lokalen Initiativen. In vielen Kommunen sind Bibliotheken bereits erste Anlaufstellen für Jugendliche und Erwachsene, die sich mit Fragen zu Geschlecht, Identität und Vielfalt auseinandersetzen<sup>13</sup>.

ZIEL:

Niederschwellige Bildungsangebote und Informationsressourcen zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt für queere Menschen, Fachkräfte und die Öffentlichkeit bereitstellen.

#### KURZFRISTIGE MASSNAHMEN

- Aufbau einer Kooperation mit dem Landesverband der Volkshochschulen Sachsen-Anhalt, um queerfeministische Themen in die Programmgestaltung der Erwachsenenbildung einzubinden
- Austausch mit der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken, um Bildungsangebote und Informationsressourcen zu geschlechtlich-sexueller Vielfalt in Bibliotheken sichtbar und zugänglich zu machen

---

<sup>13</sup> Grzeschniok, Maria (2021): Geschlechtergerechtigkeit in der Bibliothekspädagogik. Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem KgKJH Sachsen-Anhalt e.V. und der Stadtbibliothek Magdeburg (nicht veröffentlicht)

## 2. Queere Fachtagung „Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren“

### SACHSTAND:

Die jährliche Fachtagung „Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren“ stellt eine etablierte Fortbildungs- und Vernetzungsveranstaltung für Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe<sup>14</sup> dar. Mit jeweils mehr als 100 Teilnehmenden vermittelt sie praxisnahe Impulse zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt und stärkt die Diskriminierungssensibilität in Bildungseinrichtungen. Bisher wird die Tagung über Drittmittel finanziert; eine strukturelle Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt erfolgt nicht. Angesichts ihrer Bedeutung und Reichweite ist eine verlässliche, landesweite Finanzierung beabsichtigt, um die Fachtagung langfristig zu sichern.

### ZIEL:

Jährlicher Fachtag für Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, um den fachlichen Diskurs und die Qualität queer-inklusive Arbeit in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu stärken.

### KURZFRISTIGE MASSNAHME:

- Förderung der Fachtagung „Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren“ über das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

---

<sup>14</sup> <https://www.queere-fachkonferenz.de/> (letzter Zugriff 5.09.2025)

### 3. Vielfalt fördern: Bildung für Akzeptanz und Respekt in der formalen Bildung

#### SACHSTAND:

Die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt schützt in Art. 7 Abs. 3 ausdrücklich vor Benachteiligungen oder Bevorzugungen aufgrund der sexuellen Identität. Auch das Schulgesetz von Sachsen-Anhalt betont die Gleichbehandlung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Behinderung oder sexueller Identität und verpflichtet Schulen, Diskriminierung abzubauen und Vielfalt aktiv zu fördern. Der Runderlass zur schulischen Sexualerziehung legt zudem fest, Kenntnisse über sexuelle Identitäten und Lebensweisen zu vermitteln. Dabei sollen biologische, psychosoziale, ethisch-moralische und religiöse Aspekte altersgerecht thematisiert sowie verschiedene Formen des Zusammenlebens und Geschlechterrollen kritisch reflektiert werden. Diese Inhalte sind als Querschnittsthemen in die Lehrpläne integriert und sollen insbesondere in Fächern wie Biologie, Ethik, Religion und Sozialkunde, aber auch in anderen Fächern berücksichtigt werden. Beispielsweise verpflichtet der Schulfahrtenerlass Lehrkräfte, während Klassenfahrten ein sicheres, respektvolles und diskriminierungsfreies Umfeld zu gewährleisten, Ausgrenzung und Mobbing entgegenzuwirken und individuelle Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Diese rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen einen klaren Auftrag für die schulische Praxis, Diskriminierung zu verhindern und ein respektvolles Umfeld für alle zu gewährleisten. Angesichts der jüngsten Entwicklungen durch das Selbstbestimmungsgesetz, das es trans\*, inter\* und nichtbinären Menschen ermöglicht, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen selbstbestimmt zu ändern, wird der Bedarf an einer weiteren Sensibilisierung und Unterstützung in Schulen noch deutlicher. Die bereits erfolgte Registrierung von 51 minderjährigen Personen im Rahmen dieses Gesetzes in Sachsen-Anhalt (KA 8/2621)<sup>15</sup> zeigt, dass der Umgang mit unterschiedlichen geschlechtlichen Identitäten zunehmend ein wichtiges Thema für Schulen wird. Es ist daher erforderlich, die in den Lehrplänen verankerten Prinzipien der Gleichbehandlung und der Förderung von Vielfalt weiter zu intensivieren, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler – unabhängig von ihrer sexuellen Identität – sich in der Schule anerkannt und sicher fühlen können.

Trotz dieser rechtlichen und pädagogischen Grundlagen berichten queere Kinder und Jugendliche im Schulalltag nach wie vor von Diskriminierung, Mobbing und unzureichender Unterstützung durch Lehrkräfte. Auch queere Lehrkräfte sind von Diskriminierung im Kollegium oder durch Vorgesetzte betroffen<sup>16</sup>.

---

<sup>15</sup> Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung Abgeordnete Susan Sziborra-Seidlitz (2025): Anmeldesituation und Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG) im Land Sachsen-Anhalt, KA 8/2621

<sup>16</sup> Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017): LSBTIQ\*-Lehrkräfte in Deutschland. Diskriminierungserfahrungen und Umgang mit der eigenen sexuellen und geschlechtlichen Identität im Schulalltag [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/forschungsprojekte/DE/Studie\\_LSBTIQ\\_Lehrkraeftebefragung.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/forschungsprojekte/DE/Studie_LSBTIQ_Lehrkraeftebefragung.html) (letzter Zugriff 9.04.2025)

- LSVD (2024): An der Schule: Coming-out und Diskriminierung von LSBTIQ\* in Deutschland. Erfahrungen von etwa 17.000 Befragten aus Deutschland <https://www.lsvd.de/de/ct/2616-An-der-Schule-Coming-out-und-Diskriminierung-von-LSBTIQ-in-Deutschland> (letzter Zugriff 27.08.2025)

Es fehlt weiter an spezifischen Studien zu queeren Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt. Allerdings können hilfsweise Erkenntnisse aus bundesweiten Studien herangezogen werden, um Einblicke in ihre Lebensrealität zu gewinnen<sup>17</sup>. Ergänzend zeigen die Erfahrungen aus dem Verbundprojekt „Fortbildungen zur Stärkung von Diversitätssensibilität (ForDiSens)“, dass viele queere Kinder und Jugendliche häufig von Diskriminierungserfahrungen berichten. Diese Erkenntnis ist wissenschaftlich belegt<sup>18</sup>.

Der Krisenordner für Schulen in Sachsen-Anhalt enthält neben Informationen und Handlungsleitfäden für Krisensituationen und Großschadensereignissen auch Empfehlungen zum Umgang mit Diskriminierung, einschließlich Homo- und Transphobie. Der Ordner wurde im Jahr 2025 evaluiert, neu strukturiert und umfassend überarbeitet. Die 3. Auflage wurde im Januar 2026 veröffentlicht.

#### ZIEL:

Ein queerinklusives und diskriminierungskritisches Lern- und Lebensumfeld an Schulen in Sachsen-Anhalt zu etablieren, bei dem Akzeptanz und Wissen über romantische, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt systematisch gefördert werden.

#### KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung des Krisenordners im Bereich Diskriminierung, unter besonderer Berücksichtigung sämtlicher relevanter Diskriminierungsmerkmale, einschließlich Queerfeindlichkeit und Nichtbinarität
- Vermittlung fachlicher Standards und rechtlicher Rahmenbedingungen zu den Themen Trans\*, Inter\* und Nichtbinarität
- Queere Inhalte im Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“<sup>19</sup> stärker sichtbar machen
- Stärkung der Rückmelde- und Beratungsstrukturen durch transparente Information und Sensibilisierung, mit dem Ziel, deren Nutzung für alle Kinder und Jugendlichen sowie Lehrkräfte zu fördern

#### LANGFRISTIGE MASSNAHME:

- Pädagogische Professionalität im Umgang mit queeren Lebensrealitäten durch verbindliche, praxisnahe Inhalte in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung stärken – mit besonderem Fokus auf Vertrauenslehrkräfte und Schulsozialarbeit

#### 4. Maßnahmen zur Unterstützung von Regenbogenfamilien

---

<sup>17</sup> Timmermanns, Stefan/Graf, Niels/Merz, Simon/Stover, Heino (2022): „Wie geht’s euch?“ Psychosoziale Gesundheit und Wohlbefinden von LSBTIQ\*

<sup>18</sup> Dr. Klemens Ketelhut, Projektleitung und senior researcher am BBZ Halle e.V. sowie Projektkoordinator bei der Netzwerkstelle gender\*bildet an der MLU Halle-Wittenberg so-wie Lehrbeauftragter am Zentrum für Lehrer\*innenbildung an der MLU Halle-Wittenberg

<sup>19</sup> <https://lpb.sachsen-anhalt.de/demokratie-toleranz/schule-ohne-rassismus-schule-mit-courage> (letzter Zugriff 5.09.2025)

## SACHSTAND:

Laut Mikrozensus 2024 lebten in Deutschland rund 31 000 gleichgeschlechtliche Paare mit minderjährigen Kindern – das entspricht etwa jeder 200. Paarfamilie bundesweit. Für Sachsen-Anhalt liegen keine gesonderten Mikrozensus-Zahlen vor<sup>20</sup>.

Aktuelle Daten des Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 zeigen dabei ein ambivalentes Bild: Zwar akzeptieren knapp 80 Prozent der Befragten in Sachsen-Anhalt Homosexualität grundsätzlich, doch mehr als ein Fünftel (21 Prozent) stimmt der Aussage zu: „Ich finde es ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen.“<sup>21</sup> Dieses Spannungsfeld zwischen abstrakter Zustimmung und konkreter Ablehnung im öffentlichen Raum legt nahe, dass formelle Toleranz nicht automatisch zu respektvollem Miteinander führt – besonders dann, wenn queere Zuneigung sichtbar wird.

Geringere Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in ländlichen Räumen, verfestigte gesellschaftliche Vorbehalte sowie fehlende queersensible Infrastrukturen tragen dazu bei, dass Regenbogenfamilien in diesen Regionen wenig sichtbar sind und nicht selten in urbanere Räume abwandern. Aufgrund weitverbreiteter Unwissenheit gelingt es nur schwer, ein positives und wertfreies Bild von homosexuellen Lebensweisen und Regenbogenfamilien jenseits tradierter Normvorstellungen zu entwickeln<sup>22</sup>.

Regenbogenfamilien sind von rechtlichen Anerkennungslücken betroffen: Bei lesbischen Paaren erfolgt die rechtliche Anerkennung des nicht gebärenden Elternteils nicht automatisch, sondern erfordert ein Stiefkindadoptionsverfahren; zudem bestehen sowohl für die Familien als auch für die zuständigen Stellen Unsicherheiten bei der Eintragung beider Mütter in der Geburtsurkunde sowie bei trans\* Eltern vor Abschluss des Personenstandsverfahrens. Diese Lücken schlagen sich unmittelbar im Alltag nieder – etwa bei der Abgabe medizinischer Einwilligungserklärungen oder der Abholberechtigung von Kindern in Kita und Schule. Es besteht ein Bedarf an geschützten Räumen für Vernetzung und Erfahrungsaustausch sowie an praxisnahen Beratungs- und Unterstützungsangeboten, insbesondere zu rechtlichen Fragen und psychosozialer Begleitung<sup>23</sup>. Die weitere Sensibilisierung von Institutionen wie Kitas, Schulen und Jugendämtern ist anzustreben, um – mitunter unbewusster - Diskriminierung vorzubeugen und eine respektvolle, inklusive Haltung gegenüber Regenbogenfamilien zu fördern.

---

<sup>20</sup> dpa (2025): Statistisches Bundesamt. Regenbogenfamilien in Deutschland, <https://staudeverlag.de/regenbogenfamilien-in-deutschland/> (letzter Zugriff 2.02.2026)

<sup>21</sup> Landeszentrale für politische Bildung (2025): Sachsen-Anhalt-Monitor 2025, Abbildung 4.12 und 4.13 [https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM\\_2025\\_V0812\\_1.pdf](https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM_2025_V0812_1.pdf) (letzter Zugriff 13.01.2026)

<sup>22</sup> Kölschbach, Kai (2020): Die Regenbogenfamilie und ihre sozialgesellschaftliche Lebenswelt. Wie die Soziale Arbeit die Akzeptanz von alternativen Familienmodellen fördern kann

<sup>23</sup> - de Vries, Lisa (2021): Regenbogenfamilien in Deutschland. Ein Überblick über die Lebenssituation von homo- und bisexuellen Eltern und deren Kindern, [https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2021/SoDr\\_01\\_de\\_Vries\\_Regenbogenfamilien.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/SoDr_01_de_Vries_Regenbogenfamilien.pdf) (letzter Zugriff 27.08.2025)

- Bundeszentrale für politische Bildung (2018): Regenbogenfamilien in Deutschland, <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/homosexualitaet/269064/regenbogenfamilien-in-deutschland/> (letzter Zugriff 27.08.2025)

Das im Jahr 2025 fortgeschriebene Bildungsprogramm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ des Landes Sachsen-Anhalt greift diesen Bedarf auf und verankert Geschlechter- und Familienvielfalt verbindlich als Bestandteil pädagogischer Qualität im frühkindlichen Bereich. Damit wird frühzeitig ein professioneller Rahmen geschaffen, der pädagogische Fachkräfte für Vielfalt sensibilisiert, diskriminierende Strukturen abbaut und die gleichberechtigte Anerkennung unterschiedlicher Familienformen im Kita-Alltag unterstützt.

**ZIEL:**

Regenbogenfamilien in Sachsen-Anhalt sollen unterstützt und gestärkt werden. Dies geschieht, indem ihre Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit aktiv gefördert wird und indem Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ihre gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen. Gleichzeitig werden ihnen die notwendigen Informationen und Ressourcen bereitgestellt.

**KURZFRISTIGE MASSNAHME:**

- Familienverbände und Familienzentren in Sachsen-Anhalt für eine noch intensivere Unterstützung von Regenbogenfamilien gewinnen

**LANGFRISTIGE MASSNAHME:**

- Prüfung einer bedarfsgerechten Form der Information von Familien unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen und Bedarfe von Regenbogenfamilien und anderen Familienformen

## 5. Empowerment queerer Jugendlicher durch informelle Bildung

### SACHSTAND:

Die informelle Bildung spielt eine zentrale Rolle beim Empowerment queerer Jugendlicher. Sie bietet Räume jenseits des schulischen Systems, in denen Identitäten gestärkt, Gemeinschaft erfahren und Partizipation gelebt werden kann. Studien zeigen, dass queere Jugendliche häufig Diskriminierung und soziale Ausgrenzung erfahren<sup>24</sup>. Umso wichtiger ist es, die informelle Bildungsarbeit für diese Zielgruppe weiterzuentwickeln und institutionell zu verankern, um ihre Bedürfnisse besser zu verstehen und gezielt zu unterstützen.

Ein zentraler Baustein hierfür ist das seit 2023 laufende Projekt „Queer\*Spaces LSA“. Als Leuchtturmprojekt schafft es niedrigschwellige, sichere Begegnungsräume für queere Jugendliche und junge Erwachsene – insbesondere in ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts, in denen bisher kaum queer-inklusive oder pädagogisch begleitete Strukturen existierten.

Ein wichtiger Meilenstein wurde mit der Einführung eines „Queeren Jugendbudgets“ im Jahr 2025 gemacht. Dieses Jugendbudget wurde auf Grundlage der Empfehlung des Landesjugendhilfeausschusses vom 28. November 2023 (Nr. 11/2023) beschlossen und ist Teil des Doppelhaushalts 2025/2026. Ziel des Budgets ist es, Jugendlichen zwischen 14 und 27 Jahren die Möglichkeit zu geben, eigene Mikroprojekte einfach und unbürokratisch zu beantragen und durchzuführen. Damit setzt die Regierung einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um, der vorsieht, durch vereinfachte Fördermöglichkeiten für Mikroprojekte im ländlichen Raum die strukturelle Situation zu verbessern (Z.3561f<sup>25</sup>). Durch diese Initiative wird queeren Jugendlichen eine Plattform geboten, um ihre Ideen und Projekte zu verwirklichen und ihre Interessen zu vertreten.

Um Qualität und Nachhaltigkeit der informellen Bildungsarbeit sicherzustellen, sollten bestehende Qualitätsrahmen der außerschulischen Jugendbildung – etwa die Grundsätze der Juleica – um queere Kompetenz erweitert werden. Dabei können etablierte Kriterien aus der Praxis, wie sie etwa von Queere Bildung e.V. in Köln<sup>26</sup> entwickelt wurden, als Fachimpuls dienen. Die systematische Verankerung diskriminierungskritischer Standards sowie durch langfristige Kooperationen mit Schulen ist entscheidend für eine inklusive und wirksame Jugendarbeit.

### ZIEL:

Verstetigung des „Queeren Jugendbudgets“ und des Projekts „Queer\*Spaces LSA“ sowie

---

<sup>24</sup> - Deutsches Jugendinstitut e. V. (2015): Coming-out – und dann...?!,

[https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2015/DJI\\_Broschuere\\_ComingOut.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_Broschuere_ComingOut.pdf) (letzter Zugriff 10.04.2025)

- Hochschule Nordhausen (2023/2024): Studie zum Beratungsbedarf queerer Jugendlicher/junger Erwachsener im Raum Nordhausen (nicht veröffentlicht), <https://www.hs-nordhausen.de/forschungsprojekt/studie-zum-beratungsbedarf-queerer-jugendlicher-junger-erwachsener-im-raum-nordhausen/> (letzter Zugriff 7.04.2025)

<sup>25</sup> Koalitionsvertrag 2021-2026, <https://www.sachsen-anhalt.de/lj/politik-und-verwaltung/die-landesregierung> (letzter Zugriff 27.08.2025)

<sup>26</sup> - Queere Bildung (2021): Qualitätsstandards für die Arbeit mit Schulklassen und in der außerschulischen Jugendarbeit, <https://queere-bildung.de/ueber-uns/qualitaetsstandards/> (letzter Zugriff 29.08.2025)

- Queere Bildung (2022): Leitfaden. Digitale Formate in der queeren Bildungsarbeit <https://queere-bildung.de/> (letzter Zugriff 29.08.2025)

Stärkung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit durch Prüfung der Aufnahme von Qualitätsstandards (z. B. nach Queere Bildung e. V.) in bestehende Qualitätsrahmen.

**KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:**

- Verstetigung des Leuchtturmprojekts „Queer\*Spaces LSA“
- Verstetigung des „Queeren Jugendbudgets“

**LANGFRISTIGE MASSNAHME:**

- Befassung mit den Qualitätsstandards Queere Bildung in der informellen Kinder- und Jugendbildung durch Prüfung der Implementierung in bestehende Qualitätsrahmen

## Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTIQ\*

Gewalt und Diskriminierung gegen queere Menschen sind in Deutschland nach wie vor weit verbreitet. Ob im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, in Bildungseinrichtungen oder im privaten Umfeld: Viele queere Menschen erleben regelmäßig Ausgrenzung, Herabwürdigung oder sogar körperliche Angriffe, die oft von Vorurteilen, gesellschaftlichen Stereotypen oder struktureller Diskriminierung motiviert sind<sup>27</sup>. Diese Realität steht im eklatanten Widerspruch zu den Grundwerten einer offenen, demokratischen und gerechten Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität sicher und respektvoll leben können sollte.

Gleichzeitig belegen aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen eine Zunahme gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) stellte 2024 fest, dass Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen, romantischen und/oder geschlechtlichen Identität in den letzten Jahren zugenommen haben. 54 Prozent der Befragten geben an, in den letzten 12 Monaten hassmotivierte Belästigungen erlebt zu haben. Dabei sind Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren im Vergleich zu anderen Altersgruppen besonders betroffen<sup>28</sup>. Die von Juli 2023 bis Januar 2025 durchgeführte Dunkelfeldbefragung zu Gewalt in Deutschland zeigte, dass die Gewaltbetroffenheit in der LSBTIQ\*-Gruppe bei fast allen Gewaltformen höher ist als in der restlichen Bevölkerung<sup>29</sup>.

Um dieser Entwicklung wirksam zu begegnen, verfolgt die Landesregierung einen ganzheitlichen Ansatz, der Prävention, Intervention und Evaluation systematisch verbindet. Prävention beginnt früh – in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen –, wo Vielfalt als Normalität vermittelt und Haltungen geprägt werden. Gleichzeitig sichert die Landesregierung, dass staatliches Handeln im Falle von Vorfällen schützend und professionell interveniert: Queere Menschen sollen bei Polizei, Justiz und Verwaltung auf respektvolle, diskriminierungssensible Unterstützung treffen.

Vor dem Hintergrund der historischen Kriminalisierung queeren Lebens – etwa durch den § 175 StGB –, deren Folgen bis heute Misstrauen nähren, ist eine kontinuierliche Evaluation bestehender Strukturen unverzichtbar. Die Landesregierung prüft kritisch, wo institutionelle

---

<sup>27</sup> Baer, Judit/Lache, Lena/Sachs, Magdalena/Voß, Heinz-Jürgen (2021): Diskriminierungserfahrungen von LSBTTI in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Bundesländern, fokussiert auf trans\*- und intergeschlechtliche Menschen und unter Berücksichtigung intersektionaler Ansätze, <https://forschung-sachsen-anhalt.de/project/diskriminierungserfahrungen-lsbtti-sachsen-25817> (letzter Zugriff 8.04.2025)

<sup>28</sup> European Union Agency for Fundamental Rights (2024): LGBTQI equality at a crossroads - Progress and challenges, [https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra\\_uploads/fra-2024-lgbtqi-equality\\_en.pdf](https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2024-lgbtqi-equality_en.pdf) (letzter Zugriff 8.04.2025)

<sup>29</sup> Bundeskriminalamt (2026): Ergebnisse der Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)“, [https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/LeSuBiA/lesubia\\_node.html](https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/LeSuBiA/lesubia_node.html) (letzter Zugriff 11.02.2026)

Praxen Diskriminierung reproduzieren, und entwickelt ihre Maßnahmen im Dialog mit queeren Communities und der Zivilgesellschaft weiter.

Dieses Kapitel beleuchtet die vielschichtigen Herausforderungen bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen queere Menschen und zeigt Handlungsfelder auf, in denen staatliche, zivilgesellschaftliche und Einzelpersonen einen Beitrag leisten können. Denn eine Gesellschaft, die Menschen schützt und wertschätzt, gewinnt nicht nur an Gerechtigkeit – sie wird insgesamt stärker, menschlicher und lebenswerter.

## 6. Verbesserung von Wirksamkeit und Ausstattung der Ansprechperson LSBTTI

### SACHSTAND:

Seit dem Jahr 2020 verfügt die Landespolizei Sachsen-Anhalt über eine hauptamtliche „Ansprechperson LSBTTI“ in Vollzeit, die landesweit tätig ist. Diese Stelle wurde im Rahmen des Aktionsprogramms LSBTTI eingerichtet, um die fachliche Kompetenz der Polizei im Umgang mit Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu stärken und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der queeren Community zu ermöglichen. Ergänzt wird die hauptamtliche Ansprechperson durch ein Netzwerk aus derzeit elf nebenamtlichen Ansprechpersonen, die in den einzelnen Polizeibehörden sowie an der Fachhochschule der Polizei benannt wurden<sup>30</sup>.

Die bisherige Arbeit der haupt- und nebenamtlichen Ansprechpersonen hat bereits positive Effekte gezeigt. Die Ansprechperson LSBTTI übernimmt einerseits wichtige Brückenfunktionen in die queere Community. Sie trägt zum Vertrauensaufbau gegenüber staatlichen Institutionen bei und fördert so die Anzeigebereitschaft von Betroffenen queerfeindlicher Gewalt und Diskriminierung. Andererseits wirkt sie innerhalb der Polizei, indem sie Fortbildungen und Sensibilisierungsmaßnahmen durchführt, die dazu beitragen, queerfeindliche Straftaten besser zu erkennen, angemessen zu bearbeiten und den Opferschutz zu stärken.

Trotz dieser Erfolge sind die derzeitigen personellen Ressourcen und Befugnisse nicht ausreichend, um die vielfältigen Aufgaben langfristig und umfassend wahrzunehmen. Die hauptamtliche Ansprechperson verfügt über begrenzte Kapazitäten, und die nebenamtlichen Kräfte können ihre Aufgaben nur neben ihren regulären Dienstpflichten wahrnehmen, auch wenn sie für entsprechende Tätigkeiten freigestellt werden. Um die Wirkung und Nachhaltigkeit der Arbeit weiter zu erhöhen, bedarf es einer stärkeren institutionellen Verankerung, verbesserter Ausstattung sowie klar definierter Befugnisse und struktureller Unterstützung.

### ZIEL:

Die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der "Ansprechpersonen LSBTTI" in der Landespolizei Sachsen-Anhalt soll systematisch gestärkt und ihre Ausstattung verbessert werden.

### KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Schaffung einer weiteren hauptamtlichen „Ansprechperson LSBTTI“ und Aufteilung der Zuständigkeiten in die Regionen Nord und Süd
- Freistellung der nebenamtlichen „Ansprechpersonen LSBTTI“ mit einem wöchentlichen 25%igen Zeitkontingent

---

<sup>30</sup> <https://leitstelle-frauen-geschlechtergleichstellung.sachsen-anhalt.de/geschlechtlich-sexuelle-vielfalt/ansprechpersonen-lsbtti-bei-der-polizei> (letzter Zugriff 3.09.2025)

## 7. Professioneller Opferschutz und Bekämpfung vorurteilsmotivierter Straf- und Gewalttaten durch Polizei

### SACHSTAND:

Das Ministerium für Inneres und Sport und das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz haben gemeinsam die Überarbeitung und Fortentwicklung des Erlasses „Richtlinie über die Verfolgung politisch motivierten Straftäter“ vorgenommen. Hierbei wurden auch Vertreter der Zivilgesellschaft, wie Fachberatungsstellen und Opferverbände einbezogen. Der gemeinsame Runderlass „Richtlinie zur Verfolgung politisch motivierter Straftäter“ trat zum 15.06.2023 in Kraft. Ziel ist, politisch motivierte Straftaten zu erkennen und strafrechtlich zu verfolgen sowie statistisch auszuwerten.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei auch dem Schutz vor sekundärer Viktimisierung: Betroffene von Hasskriminalität dürfen bei der Anzeigenerstattung und in der weiteren polizeilichen Ermittlungsarbeit nicht erneut diskriminiert oder traumatisiert werden. Dafür wurden die Studieninhalte des Bachelorstudiengangs im Submodul 06.04 „Personen in besonderen Lebensverhältnissen/gesellschaftliche Vielfalt“<sup>31</sup> an der Fachhochschule der Polizei um Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt erweitert. Zudem wird seit 2021 jährlich der Lehrgang „Sexuelle Identität im polizeilichen Kontext“ angeboten. Weitere Inhalte werden in Workshops zur „Sprachsensibilität“ sowie im Projekt „Interkulturelle Kompetenz“ vermittelt, die sich jedoch primär mit Rassismus und nicht spezifisch mit queeren Themen befassen.

Um einen kontinuierlichen Austausch zwischen Polizei und Justiz, queeren Communities und Fachstellen zu stärken, wird die Durchführung eines jährlichen Fachtags zur Vernetzung und Fortbildung empfohlen. Dieser könnte Ansprechpersonen innerhalb der Polizei, Vertreter\*innen der queeren Community sowie Expert\*innen aus der Zivilgesellschaft vernetzen. Ziel ist es, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch Raum für Reflexion, konstruktives Feedback und die gemeinsame Entwicklung praxisnaher Lösungsansätze zu schaffen, um die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten noch diskriminierungssensibler werden zu lassen.

### ZIEL:

Schaffung eines Angebots für eine vertiefende polizeiliche Aus- und Fortbildung für einen queersensiblen Opferschutz.

### KURZFRISTIGE MASSNAHME:

---

<sup>31</sup> Modulkatalog für den Studiengang „Polizeivollzugsdienst“ (B. A.) an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt [https://fh-polizei.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MI/Polizei/FH\\_Pol/Studium/Dokumente/Modulkatalog\\_ab\\_Sommersemester\\_2025.pdf](https://fh-polizei.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/Polizei/FH_Pol/Studium/Dokumente/Modulkatalog_ab_Sommersemester_2025.pdf) (letzter Zugriff 07.01.2026)

- Inkraftsetzen eines Leitfadens zur polizeilichen Erfassung von Hasskriminalität

LANGFRISTIGE MASSNAHME:

- Evaluation der polizeilichen Aus- und Fortbildung und Ableitung weiterführender queersensibler Maßnahmen (z. Bsp. jährliche Durchführung eines Fachtags zur Vernetzung und Fortbildung von Ansprechpersonen, Community und Polizei)

## 8. Sicherheit und Akzeptanz für LSBTIQ\*-Personen im Justizvollzug

### SACHSTAND:

Das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) hat auch Folgen für den Justizvollzug. Die Unterbringung von trans\*, inter\* und nichtbinären Gefangenen erfordert eine zeitgemäße, rechtskonforme und menschenrechtsgerechte Regelung, die Schutz vor Diskriminierung, Gewalt und psychischer Belastung berücksichtigt. Empirische Daten und Forschungen zur aktuellen Situation von trans\*Personen, die in Deutschland inhaftiert sind, sind rar<sup>32</sup>. Aktuell läuft am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) die bundesweite erste umfassende Studie zu trans Personen im Strafvollzug (10/2023-09/2025). Ergebnisse und Handlungsempfehlungen werden Anfang 2026 erwartet<sup>33</sup>.

Aufgrund der Zuständigkeit der Länder für den Strafvollzug besteht keine bundesweit einheitliche Regelung zur Unterbringung und Behandlung verurteilter nichtbinärer oder trans\* Personen<sup>34</sup>. Im nunmehr in § 17 des Ersten Buches Justizvollzugsgesetzbuch Sachsen-Anhalt (JVollzGB I LSA) eingefügten Absatz 1a heißt es: „Von dem Grundsatz der getrennten Unterbringung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 kann im Einzelfall bei Gefangenen, deren geschlechtliche Identität nicht mit dem amtlichen Personenstandseintrag übereinstimmt oder deren amtlicher Personenstandseintrag ‚divers‘ oder ‚keine Angabe zum Geschlecht‘ als Geschlechtsangabe enthält, unter Berücksichtigung der Persönlichkeit und der Bedürfnisse des Gefangenen, der Erreichung des Vollzugsziels und der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt, einschließlich der Bedürfnisse der übrigen Gefangenen, abgewichen werden.“<sup>35</sup> Insoweit ist allerdings zu beachten, dass ein individuelles Wahlrecht des Gefangenen ohne entsprechende Prüfung im Einzelfall nicht besteht, um etwa einer missbräuchlichen Anwendung des Selbstbestimmungsgesetzes zu begegnen. So wird auch mit der Neuregelung weiterhin eine sichere Unterbringung von Personen gewährleistet, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen bzw. dauerhaft zugehörig empfinden, ebenso wie das Vollzugsziel der Sicherheit und Ordnung der Anstalt.

In Sachsen-Anhalt wird die Unterbringung von trans\*, inter\* und nichtbinären Gefangene einzelfallbezogen und interdisziplinär abgestimmt. Ziel ist es, eine sachgerechte, respektvolle und geschützte Unterbringung zwischen den Bedürfnissen der Inhaftierten und den Anforderungen des Vollzugs sicherzustellen, indem persönliche, medizinische und sicherheitsrelevante Aspekte berücksichtigt werden. Der Justizvollzug verfolgt einen individuellen Ansatz, der auf die besonderen Bedürfnisse von trans\*, inter\* und nichtbinären Gefangenen eingeht und die Bediensteten entsprechend schult. Der Forderung nach einer zeitgemäßen, rechtskonformen und menschenrechtsgerechten Regelung, die Schutz vor

---

<sup>32</sup> Wiener, Alice (2024): Trans\*Frauen in deutschen Männerstrafvollzügen. Eine Untersuchung der Transfeindlichkeit im Gefängnisystem als Dispositiv der Macht

<sup>33</sup> KFN (2023-2025): Trans Personen im Strafvollzug: Erfahrungen, Bedürfnisse, Herausforderungen, <https://kfn.de/forschungsprojekte/trans-personen-im-strafvollzug-erfahrungen-beduerfnisse-herausforderungen/> (letzter Zugriff 7.10.2025)

<sup>34</sup> Weitzel, Petra (2022): Trans\* im Strafvollzug <https://dgti.org/2022/06/25/transimstrafvollzug/> (letzter Zugriff 2.10.2025)

<sup>35</sup> vgl. Gesetz zur Neuregelung des Justizvollzugsrechts in Sachsen-Anhalt vom 25. Februar 2026 (GVBl. LSA 2026, S. 54)

Diskriminierung, Gewalt und psychischer Belastung berücksichtigt, wird im Hinblick auf § 17 Absatz 1a JVollzGB I LSA nachgekommen.

Soweit andere Bundesländer bereits über Richtlinien für den Umgang mit queeren Gefangenen verfügen oder solche erarbeiten, erschließt sich ein entsprechender Handlungsbedarf für Sachsen-Anhalt aufgrund des bereits praktizierten einzelfallbezogenen und interdisziplinären Ansatzes derzeit nicht. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass nach Kenntnis des MJ sich aktuell lediglich zwei TIN-Personen in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt befinden. Die Entwicklungen in anderen Ländern werden durch das MJ Sachsen-Anhalt aufmerksam beobachtet. Vor dem Hintergrund des individuellen, fallbezogenen Ansatzes sowie der bereits ergangenen handlungsleitenden Hinweise für den Geschäftsbereich besteht derzeit gegenwärtig hinreichend Handlungssicherheit bei den Bediensteten. Unbenommen davon wird die weitere Entwicklung im Blick behalten und ggf. geprüft, ob ergänzende Maßnahmen angezeigt sind.

#### ZIEL:

Die Situation von queeren Personen im Justizvollzug in Sachsen-Anhalt soll weiterhin durch Sensibilisierung der Mitarbeitenden, Unterstützung von Betroffenen sowie Verbesserung von Prävention und Intervention bei queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt verbessert werden.

#### KURZFRISTIGE MASSNAHMEN

- Fortführung der bisherigen Schulungen zum Umgang mit Queerfeindlichkeit im Justizvollzug
- Bereitstellung von Informationsmaterialien für queere Gefangene sowie Handreichungen für Vollzugspersonal zu Themen der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt
- Organisation von Austauschformaten zwischen Fachberatungsstellen und Strafvollzug

#### LANGFRISTIGE MASSNAHME:

- Auswertung der Ergebnisse der KFN-Studie und Prüfung der Ableitung landesspezifischer Handlungsempfehlungen für den Justizvollzug

## 9. Zivilgesellschaftliches Monitoring zu Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTIQ\*

### SACHSTAND:

Die Situation von queeren Menschen ist geprägt von einer zunehmenden Zahl von Hasskriminalität und Diskriminierung<sup>36</sup>. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass Hasskriminalität gegen queere Personen in bestehenden Strukturen der Gewaltprävention und Opferhilfe verstärkt berücksichtigt wird (Z.3688ff<sup>37</sup>). Trotzdem gibt es ein hohes Dunkelfeld bei queerfeindlichen Straftaten, Schätzungen zufolge werden 80 - 90 Prozent der Straftaten nicht angezeigt<sup>38</sup>.

Laut Bundeskriminalamt stieg die Zahl der erfassten politisch motivierten Straftaten im Jahr 2024 um 28 Prozent auf insgesamt 21.773 Fälle<sup>39</sup>. Besonders alarmierend ist die Entwicklung im Bereich der Hasskriminalität gegen queere Personen. In Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2024 insgesamt 97 Straftaten mit Bezug zur sexuellen Orientierung und 52 Straftaten mit Bezug zur geschlechtlichen Identität registriert<sup>40</sup>. Die Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt meldete für dasselbe Jahr ein Rekordniveau an queerfeindlichen Gewalttaten: 23 gewalttätige Übergriffe, bei denen 28 Personen direkt betroffen waren<sup>41</sup>.

Im Land Sachsen-Anhalt gibt es zivilgesellschaftliche Monitoring- und Beratungsstrukturen, die gemeinsam zur Stärkung von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit beitragen: die Mobile Opferberatung (MOB)<sup>42</sup>, die Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt (ADS)<sup>43</sup>, die Diskriminierungs-Meldestelle Sachsen-Anhalt (DIMSA)<sup>44</sup> und das Projekt "We are part of Society"<sup>45</sup>.

Im Jahr 2025 wurde im Rahmen einer Pressekonferenz mit der Staatssekretärin Möbbeck der Jahresbericht zur Antidiskriminierungsberatung in Sachsen-Anhalt präsentiert. Dieser umfasste die Ergebnisse des Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (Lamsa<sup>46</sup>), der OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung<sup>47</sup> und der ADS Sachsen-Anhalt.

---

<sup>36</sup> IPSOS (2025): LGBTQ-Studie zum Pride Month: Situation queerer Menschen weltweit verschlechtert, in Deutschland weiter hohe Akzeptanz, <https://www.ipsos.com/de-de/lgbtq-umfrage-pride-month-2025> (letzter Zugriff 28.10.2025)

<sup>37</sup> Koalitionsvertrag 2021-2026, <https://www.sachsen-anhalt.de/li/politik-und-verwaltung/die-landesregierung> (letzter Zugriff 27.08.2025)

<sup>38</sup> LSVD (2024): Queerfeindliche Gewalt: Angriffe auf Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ\*), <https://www.lsvd.de/de/ct/2445-Queerfeindliche-Gewalt> (letzter Zugriff 27.10.2025)

<sup>39</sup> Bundeskriminalamt (2024): Politisch motivierte Kriminalität: Höchster Anstieg seit Beginn der Erfassung Bundesweite Fallzahlen für 2024 veröffentlicht, [www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024\\_node.html](http://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html) (letzter Zugriff 15.08.2025)

<sup>40</sup> PMK Statistik 2024, 1398-03-Anlage.pdf (letzter Zugriff 15.08.2025)

<sup>41</sup> <https://www.mobile-opferberatung.de/jahresbilanz-der-mobilen-opferberatung-2024/> (letzter Zugriff 15.08.2025)

<sup>42</sup> <https://www.mobile-opferberatung.de/> (letzter Zugriff 15.08.2025)

<sup>43</sup> <https://antidiskriminierungsstelle-sachsen-anhalt.de/> (letzter Zugriff 15.08.2025)

<sup>44</sup> <https://dimsa.lgbt/> (letzter Zugriff 15.08.2025)

<sup>45</sup> <https://csd-sachsenanhalt.de/we-are-part-of-society> (letzter Zugriff 15.08.2025)

<sup>46</sup> <https://www.lamsa.de/> (letzter Zugriff 3.11.2025)

<sup>47</sup> <https://fachstelle.antidiskriminierung.org/beratungsstelle/ofek-sachsen-anhalt/> (letzter Zugriff 3.11.2025)

Die MOB und die ADS werden hauptsächlich durch Mittel des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit finanziert, ergänzt durch Bundesmittel. Beide Einrichtungen arbeiten queersensibel und verfügen über eine hohe rechtliche Expertise. Sie sind eng mit LSBTIQ\*-Initiativen sowie anderen Beratungsstellen vernetzt. Sie begleiten Ratsuchende individuell, unterstützen bei der Rechtsdurchsetzung und bieten bei Bedarf Weiter- bzw. Verweisberatung an spezialisierte Stellen (z.B. psychosoziale Angebote, Rechtsbeistand, Opferhilfe). Die Beratung erfolgt auf Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und nach den Qualitätsstandards des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland<sup>48</sup>.

Zusätzlich sammelt und dokumentiert der LSVD als Träger der Diskriminierungs-Meldestelle Sachsen-Anhalt DIMSA<sup>49</sup> und der CSD Sachsen-Anhalt als Träger des Projekts „We are part of Society“ Fälle von Diskriminierung und Gewalt gegen queere Menschen, um diese zu registrieren und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Durch diese Kombination von Beratung und Dokumentation können queere Menschen in Sachsen-Anhalt unterstützt und geschützt werden.

#### ZIEL:

Verbesserung der statistischen Erfassung und Erkenntnisse zu queerfeindlicher Gewalt und Diskriminierung sowie des Zugangs zu Beratungsangeboten.

#### KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Verstetigung und langfristige Perspektive der Antidiskriminierungsstellen sowie der Mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt
- Etablierung einer jährlichen Pressekonferenz zur Antidiskriminierungsberatung unter Einbeziehung von queeren Themen

---

<sup>48</sup> <https://www.antidiskriminierung.org/publikationen-des-advd/qualitaetsstandards-ad-beratung> (letzter Zugriff 15.08.2025)

<sup>49</sup> <https://dimsa.lgbt/> (letzter Zugriff 15.08.2025)

## 10. Dunkelfeldstudie zu queerfeindlicher Diskriminierung und Gewalt in Sachsen-Anhalt

### SACHSTAND:

Queerfeindliche Straftaten und Diskriminierung weisen ein großes Dunkelfeld auf<sup>50</sup>. Sowohl zivilgesellschaftliche Monitoringstellen als auch LSBTTI-Ansprechpersonen bei Polizei und Staatsanwaltschaft schätzen, dass die Mehrheit queerfeindlicher Vorfälle nicht angezeigt wird (siehe Maßnahme 6). Viele Betroffene erleben Diskriminierung als alltäglich und normalisiert; Beratungsstellen fehlt oft die Kapazität zur systematischen Dokumentation. Gründe für die geringe Anzeigebereitschaft sind unter anderem Angst vor erneuter Diskriminierung durch Behörden, negative Erfahrungen, Rache, unfreiwilligem Outing oder der Glaube, dass Tatbeteiligte nicht ermittelt werden. Um diese strukturellen Hürden zu überwinden, besteht dringender Forschungsbedarf – insbesondere zu Ausmaß, Formen und Hintergründen queerfeindlicher Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Die im Februar 2026 vorgestellte Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)“ des Bundeskriminalamts und der Bundesregierung liefert neue Erkenntnisse zur Gewaltbetroffenheit in Deutschland. Dabei wurden auch die Erfahrungen queerer Menschen berücksichtigt und ein geschlechterübergreifender Ansatz gewählt<sup>51</sup>. Bereits 2021 hat die Hochschule Merseburg im Auftrag des Ministeriums für Justiz eine Befragung zu Diskriminierungserfahrungen von queeren Personen in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Regionen durchgeführt, mit Fokus auf trans\* und inter\* Menschen sowie intersektionalen Perspektiven<sup>52</sup>. Der Ergebnisbericht identifizierte Handlungsbedarfe u. a. in den Bereichen ÖPNV, öffentlicher Dienst, Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz, Bildungswesen, Gesundheitswesen sowie für geflüchtete LSBTIQ\* und Beratungsangebote.

Die 35. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) hat im Juni 2025 den Beschluss „Das Dunkelfeld der Gewalt an queeren Menschen aufhellen – eine bundesweite und repräsentative Dunkelfeldstudie auf den Weg bringen“ gefasst und den Bund aufgefordert, diesen umzusetzen. Die Studie soll ein flächendeckendes, vergleichbares Datenfundament schaffen und die Grundlage für gezielte politische und präventive Maßnahmen bilden<sup>53</sup>. Vor

---

<sup>50</sup> LSVD (2024): Queerfeindliche Gewalt: Angriffe auf Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ\*), <https://www.lsvd.de/de/ct/2445-Queerfeindliche-Gewalt> (letzter Zugriff 27.10.2025)

<sup>51</sup> Bundeskriminalamt (2026): Ergebnisse der Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)“ [https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/LeSuBiA/lesubia\\_node.html](https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/LeSuBiA/lesubia_node.html) (letzter Zugriff 11.02.2026)

<sup>52</sup> Baer, Judit/Lache, Lena/Sachs, Magdalena/Voß, Heinz-Jürgen (2021): Diskriminierungserfahrungen von LSBTTI in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Bundesländern, fokussiert auf trans\*- und intergeschlechtliche Menschen und unter Berücksichtigung intersektionaler Ansätze, <https://forschung-sachsen-anhalt.de/project/diskriminierungserfahrungen-lsbtti-sachsen-25817> (letzter Zugriff 8.04.2025)

<sup>53</sup> 35. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK). Hauptkonferenz am 26./27. Juni 2024, [https://www.gleichstellungsministerkonferenz.de/documents/35-gfmk-hauptkonferenz-protokoll\\_1753091667.pdf](https://www.gleichstellungsministerkonferenz.de/documents/35-gfmk-hauptkonferenz-protokoll_1753091667.pdf) (letzter Zugriff 28.08.2025)

diesem Hintergrund muss geprüft werden, inwiefern die bundesweite Studie um landesspezifische Erhebungen für Sachsen-Anhalt ergänzt werden kann, um regionale Besonderheiten abzubilden und eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Landespolitik zu ermöglichen.

**ZIEL:**

Erkenntnisse zu Ausmaß und Erscheinungsformen queerfeindlicher Gewalt und Diskriminierung in Sachsen-Anhalt und zu den Ursachen der geringen Anzeigebereitschaft.

**KURZFRISTIGE MASSNAHME**

- Prüfung der Möglichkeit, die geplante bundesweite Dunkelfeldstudie zu queerfeindlicher Gewalt um landesspezifische Erhebungen für Sachsen-Anhalt zu ergänzen, um regionale Aussagekraft zu gewährleisten

## 11. Forschung und Lehre zur romantisch-geschlechtlich-sexuellen Vielfalt sowie die Schaffung diskriminierungssensibler Orte an Hochschulen und Universitäten

### SACHSTAND:

Die Förderung einer diskriminierungssensiblen Hochschulkultur in Sachsen-Anhalt erfolgt vorrangig durch dezentrale Initiativen und hochschulautonome Strukturen. Forschung und Lehre zu romantisch-geschlechtlich-sexueller Vielfalt können vom Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (MWU) nicht direkt vorgeschrieben werden, da sie dem verfassungsrechtlich garantierten Prinzip der Freiheit von Lehre und Forschung unterliegen und in Abstimmung mit den jeweiligen Fachbereichen der Hochschulen entwickelt werden müssen. Wichtige Beteiligte sind die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen, die in der Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätskliniken (Iakog) gemeinsam zusammenarbeiten, unterstützt durch die Koordinierungsstelle Genderforschung & Chancengleichheit Sachsen-Anhalt (KGC).

Dennoch gibt es an mehreren Hochschulen des Landes etablierte Ansätze: An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg leistet die Netzwerkstelle „gender\*bildet“<sup>54</sup> Impulse für Genderforschung und -lehre. An der Hochschule Merseburg engagiert sich das Institut für Angewandte Sexualwissenschaft (IFAS) in Forschung und Weiterbildung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Seit einigen Jahren werden verschiedene Ringvorlesungen zum Thema „Queer“ in Sachsen-Anhalt bzw. bundesweit angeboten<sup>55</sup>. Zudem haben einige Hochschulen eigene Antidiskriminierungsrichtlinien oder Konzepte für ein diskriminierungsfreies Studium erarbeitet. Ein hochschulübergreifendes Projekt, was in der Lehre angesiedelt ist, wurde in den Zielvereinbarungen 2025–2029 unter dem Schwerpunkt „Gleichstellung, Chancengleichheit, Diversität, Inklusion“ vereinbart<sup>56</sup>.

Ein zentrales Forum für den fachlichen Austausch war die Konferenz „Fairness und Respekt an Hochschulen“, umgesetzt durch die Iakog und der Landesrektorenkonferenz, die am 22. und 23. Mai 2025 auf dem Campus der Hochschule Magdeburg-Stendal durchgeführt wurde<sup>57</sup>. Unter der Schirmherrschaft von Wissenschaftsminister Prof. Dr. Armin Willingmann

---

<sup>54</sup> [https://www.rektorin.uni-halle.de/stabsstellen/vielfalt-chancengleichheit/gender\\_bildet/](https://www.rektorin.uni-halle.de/stabsstellen/vielfalt-chancengleichheit/gender_bildet/) (letzter Zugriff 08.09.2025)

<sup>55</sup> Magdeburg:

[https://www.bfg.ovgu.de/Veranstaltungen+und+Projekte/Projekte+und+Ringvorlesungen/Ringvorlesung/Ringvorlesung+im+WS+2025\\_26-p-18777.html](https://www.bfg.ovgu.de/Veranstaltungen+und+Projekte/Projekte+und+Ringvorlesungen/Ringvorlesung/Ringvorlesung+im+WS+2025_26-p-18777.html), Halle: [https://diskriminierungsschutz.uni-halle.de/diversity\\_at\\_university/](https://diskriminierungsschutz.uni-halle.de/diversity_at_university/), Merseburg:

<https://www.hs-merseburg.de/hochschule/information/veranstaltungen/details/veranstaltung/ringvorlesung-sexualitaet-und-soziale-arbeit-im-wise-2025-26/>, Bundesweit: <https://www.iu.de/news/iu-internationale-hochschule-startet-bundesweite-queere-ringvorlesung-ab-30-oktober/> (letzter Zugriff 21.10.2025)

<sup>56</sup> Landesregierung Sachsen-Anhalt (2025) Zielvereinbarungen 2025 – 2029

Zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Burg Giebichenstein, Kunsthochschule Halle, Hochschule Anhalt, Hochschule Harz, Hochschule Magdeburg-Stendal, Hochschule Merseburg und dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt [https://mwu.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MWU/Wissenschaft/Hochschulen/Zielvereinbarungen/MWU\\_Zielvereinbarungen\\_2025-2029\\_final.pdf](https://mwu.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MWU/Wissenschaft/Hochschulen/Zielvereinbarungen/MWU_Zielvereinbarungen_2025-2029_final.pdf)

<sup>57</sup> Koordinierungsstelle Genderforschung & Chancengleichheit Sachsen-Anhalt (2025): Rückblick Konferenz Fairness und Respekt an Hochschulen, <https://www.kgc-sachsen-anhalt.de/Aktuelles/Meldungen/R%C3%BCckblick+Konferenz+Fairness+und+Respekt+an+Hochschulen.html>

und Sozialministerin Petra Grimm-Benne kamen rund 80 Teilnehmende zusammen, um über Strategien für eine inklusive und respektvolle Hochschulkultur zu diskutieren. Die Konferenz diente dem Austausch aktueller Erkenntnisse zu Diskriminierungserfahrungen und sensiblen Umgangsformen an Hochschulen.

#### ZIEL:

Sensibilisierung von Forschenden, Studierenden und Schulpersonal für romantisch-geschlechtlich-sexuelle Vielfalt, um ein diskriminierungsarmes Umfeld in Forschung und Bildung zu schaffen.

#### KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Entwicklung eines Konzepts für die Verstetigung von Antidiskriminierungskonferenzen in Zusammenarbeit mit der KGC
- Erstellung eines Konzepts für die Einbindung von Antidiskriminierungsthemen in die Lehre (im Rahmen des mit den Zielvereinbarungen 2025-2029 vereinbarten hochschulübergreifenden Projektes: Gleichstellung, Chancengleichheit, Diversität und Inklusion unter Federführung der Hochschule Magdeburg-Stendal in Kooperation mit der KGC)

#### LANGFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Einrichtung einer landesweiten Servicestelle zur Bekämpfung von Diskriminierung an Hochschulen im nördlichen Sachsen-Anhalt
- Nachhaltige Verankerung von Queersensibilisierung in der Lehre und in den Hochschulstrukturen sowie Durchführung entsprechender Sensibilisierungsmaßnahmen für alle Hochschulangehörigen auf Grundlage des Konzepts zur Verstetigung der Antidiskriminierungskonferenzen

## 12. Stärkung des intersektionalen Gewaltschutzes durch Einbindung queerer Perspektiven

### SACHSTAND:

Gewalt gegen Frauen und queere Personen nimmt in Deutschland und Sachsen-Anhalt kontinuierlich zu. Laut dem Bundeslagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2024“ stieg die Zahl der frauenfeindlichen Straftaten um 73,3 % gegenüber dem Jahr 2023<sup>58</sup>.

Gleichzeitig verzeichnete die queerfeindliche Gewalt eine deutliche Zunahme. Frauen, die zugleich queer oder trans\* sind, erleben häufig mehrfache Diskriminierung. Viele Beratungsstellen sind jedoch nicht ausreichend qualifiziert, um intersektionale Erfahrungen adäquat zu erfassen und zu beraten. Ein spezifischer, vernetzter Schutz für diese vulnerablen Gruppen ist daher dringend erforderlich.

Im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention wurde mit der Landeskoordinierungsstelle der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Sachsen-Anhalt (LIKO) eine zentrale Struktur geschaffen, die landesweit die Koordination und Vernetzung im Bereich des Gewaltschutzes für Frauen sicherstellt. Die LIKO begleitet das landesweite Netzwerk „Leben ohne Gewalt“<sup>59</sup>, in dem verschiedene Bereiche des Gewaltschutzes zusammenkommen.

In Sachsen-Anhalt existiert bislang jedoch kein vergleichbares digitales Angebot wie die App „Gewaltfrei in die Zukunft“<sup>60</sup>, die seit 2023 in Berlin erfolgreich pilotiert wird. Die innovative, barrierearme und intersektional ausgerichtete App richtet sich gezielt an von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen. Sie fungiert als niedrigschwellige Brücke ins Hilfesystem und leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention und frühen Intervention. Die App richtet sich an erwachsene Betroffene von geschlechtsbasierter Gewalt in einer Partnerschaft. Falls sich eine Person zur Anzeigenerstattung entschließt, kann die App auch ein wichtiges Beweismittel sein, sofern damit Bilder oder Schilderungen konkreter Gewaltvorfälle dokumentiert wurden. Angesichts der steigenden Gewaltzahlen und der bestehenden Versorgungslücken, insbesondere für intersektional betroffene Personen, besteht in Sachsen-Anhalt ein dringender Bedarf, ein digitales Hilfsangebot in Form einer App aufzubauen oder die Berliner App zu adaptieren. Dies könnte eine entscheidende Lücke im lokalen Hilfesystem schließen.

---

<sup>58</sup> Bundeskriminalamt (2025): Bundeslagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2024“, <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/StraftatenGegenFrauen/StraftatengegenFrauenBLB2024.html> letzter Zugriff 16.12.2025)

<sup>59</sup> Landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt, <https://www.gewaltfreies-sachsen-anhalt.de/> (letzter Zugriff 21.10.2025)

<sup>60</sup> <https://www.gewaltfrei-in-die-zukunft.de/app> (letzter Zugriff 3.11.2025)

ZIEL:

Stärkere Berücksichtigung und Integration der queeren Perspektive im Netzwerk „Leben ohne Gewalt“ durch die Einbindung des LSQpRT.

KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Stärkung der queeren Perspektive durch die Einbindung einer Vertretung des LSQpRT in das Netzwerk „Leben ohne Gewalt“
- Prüfung der Übertragung der Berliner App „Gewaltfrei in die Zukunft“ auf Sachsen-Anhalt

### 13. Förderung einer queeren Vielfaltskultur in der Verwaltung

#### SACHSTAND:

Der Aktionsplan „Queer Leben“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2022 betont die Bedeutung einer Querschnittsaufgabe zur Gleichstellung von LSBTIQ\*. Um dies zu erreichen, muss auch die Verwaltung in den Blick genommen werden. Prävention von Gewalt gegen und Diskriminierung von LSBTIQ\* muss von der Verwaltung unterstützt und umgesetzt werden. Dies gilt sowohl für die persönliche Kommunikation in Behörden als auch für den Online-Service, Formulargestaltung oder Schriftverkehr.

Ein diskriminierungssensibler und professioneller Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist wesentlicher Bestandteil einer demokratischen und pluralen Gesellschaft. Dabei sind insbesondere intersektionale Diskriminierungserfahrungen in den Blick zu nehmen, etwa bei queeren Menschen mit Migrationsgeschichte. Eine systematische Präventions- und Sensibilisierungsarbeit in den Strukturen aller gesellschaftlichen Institutionen ist entscheidend, um Diskriminierung und Gewalt wirksam vorzubeugen.

Das Aus- und Fortbildungsinstitut Sachsen-Anhalt (AFI) trägt wesentlich zur Stärkung von Diversitätskompetenzen in der Landesverwaltung bei und berücksichtigt sexuelle und geschlechtliche Vielfalt bereits als Querschnittsthema in bestehenden Fortbildungsformaten. Spezifische Schwerpunktfortbildungen, die sich vertieft mit den Lebensrealitäten, Schutzbedarfen und Diskriminierungserfahrungen queerer Menschen befassen, sind bislang jedoch noch nicht systematisch etabliert. In Abstimmung mit dem AFI wird die Entwicklung entsprechender Angebote geprüft und vorangetrieben, um Verwaltungsmitarbeitende gezielt für die Bedarfe queerer Menschen zu qualifizieren und eine diskriminierungssensible Verwaltungspraxis weiter zu stärken.

Die Ergänzung der Beurteilungsrichtlinien um die Geschlechtsoption „divers“ sowie um das Kriterium eines diskriminierungsfreien Sprachgebrauchs stellt einen wichtigen Schritt hin zu einer inklusiven Verwaltung dar. Darüber hinaus kann im Rahmen künftiger gesetzlicher Weiterentwicklungen – insbesondere bei der Modernisierung gleichstellungsrechtlicher Regelungen – geprüft werden, inwieweit die Verwaltungs- und Rechtssprache des Landes die Vielfalt der Geschlechter angemessen abbildet.

#### ZIEL:

Förderung einer queersensiblen Verwaltungskultur, die alle Menschen, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität, respektiert und schützt.

#### KURZFRISTIGE MASSNAHME:

- Entwicklung und Durchführung von Fortbildungen des AFI ab 2027 zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Verwaltung (mindestens zwei eintägige Seminare) in Kooperation mit der LFG

LANGFRISTIGE MASSNAHME:

- Anpassung des Gesetzes zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache des Landes Sachsen-Anhalt, um die Vielfalt von Geschlechtsidentitäten und -ausdrücken besser zu berücksichtigen
- Entwicklung einer Handreichung, um die Verwaltung bei der Unterstützung und Beratung queerer Menschen zu stärken

Queere Menschen – insbesondere trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen – stoßen im Gesundheitswesen mitunter auf besondere Herausforderungen<sup>61</sup>. Um ihnen eine bestmögliche Versorgung zu ermöglichen, ist es wichtig, ihre Identität anzuerkennen, Lebensrealitäten angemessen zu berücksichtigen und Fachkräfte für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zu sensibilisieren. Ziel ist es, Vertrauen in die medizinische Betreuung zu stärken, Ängste abzubauen und so psychische Belastungen sowie gesundheitliche Ungleichheiten zu vermindern. Eine respektvolle, bedarfsgerechte und kompetente medizinische Begleitung trägt entscheidend dazu bei, dass queere Menschen gleichberechtigt am gesundheitlichen Versorgungssystem teilhaben können<sup>62</sup>.

Die Sorge, nicht ernstgenommen oder diskriminiert zu werden, kann queere Menschen davon abhalten, notwendige medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen, was schwerwiegende Folgen für ihre körperliche und psychische Gesundheit haben kann. Insbesondere trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen sind aufgrund ihres Transitionsprozesses auf die Unterstützung medizinischen Personals angewiesen und besonders vulnerabel für Diskriminierungserfahrungen. Es ist daher unerlässlich, dass das Gesundheitswesen die spezifischen Bedürfnisse queerer Menschen berücksichtigt und eine diskriminierungsfreie sowie queersensible Versorgung gewährleistet. Ziel ist es, queeren Menschen in Sachsen-Anhalt einen gerechten und barrierearmen Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen und ihre Teilhabe an der gesundheitlichen Versorgung nachhaltig zu stärken.

Das vorliegende Kapitel beleuchtet die spezifischen Herausforderungen queerer Menschen im Gesundheitswesen und skizziert die Notwendigkeit einer diskriminierungsfreien und queersensiblen Versorgung. Mit den folgenden Maßnahmen sollen diese Erfahrungen minimiert und im besten Fall beseitigt werden.

---

<sup>61</sup> Robert Koch-Institut (2020): Journal of Health Monitoring. Die gesundheitliche Lage von lesbischen, schwulen, bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen, [https://www.rki.de/DE/Aktuelles/Publikationen/Journal-of-Health-Monitoring/GBEDownloads/JoHM\\_S1\\_2020\\_Gesundheitliche\\_Lage\\_LSBTI.pdf?blob=publicationFile&v=3](https://www.rki.de/DE/Aktuelles/Publikationen/Journal-of-Health-Monitoring/GBEDownloads/JoHM_S1_2020_Gesundheitliche_Lage_LSBTI.pdf?blob=publicationFile&v=3) (letzter Zugriff 28.08.2025)

<sup>62</sup> - Timmermanns, Stefan/Graf, Niels/Merz, Simon/Stöver, Heino (2022): „Wie geht’s euch?“ Psychosoziale Gesundheit und Wohlbefinden von LSBTIQ\*  
- LSVD (o.J.): Schlechtere Gesundheit von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans\* und intergeschlechtlichen Menschen, [https://www.lsvd.de/de/ct/2615-Gesundheit-von-LSBTIQ\\*](https://www.lsvd.de/de/ct/2615-Gesundheit-von-LSBTIQ*) (letzter Zugriff 28.08.2025)

#### 14. Queere Kompetenz im Gesundheitswesen durch Fortbildung und ein Versorgungsnetzwerk für trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen in Sachsen-Anhalt

##### SACHSTAND:

Die gesundheitliche Versorgung queerer Menschen in Sachsen-Anhalt bietet Potenzial für eine Weiterentwicklung, insbesondere hinsichtlich der Sensibilisierung und Qualifizierung des medizinischen, psychotherapeutischen und pflegerischen Fachpersonals<sup>63</sup>. So bedarf es beispielsweise eines landesweit verbindlichen und systematisch verankerten Fortbildungssystem für bereits tätige Fachkräfte. Daher beinhaltet der Koalitionsvertrag der Landesregierung (Z. 1326 ff<sup>64</sup>) ausdrücklich die Stärkung einer geschlechter- und diversitätsgerechten Gesundheitsversorgung sowie die gezielte Sensibilisierung von Studierenden der Medizin und Psychotherapie.

Derzeit bieten einzelne Institutionen wie die Ärztekammer Sachsen-Anhalt oder die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer punktuelle Fortbildungsangebote an, die queere Lebensrealitäten thematisieren. Diese sind freiwillig in Anspruch zu nehmen, regional unterschiedlich verfügbar und nicht durch landesweit einheitliche Qualitätsstandards geregelt. Im stationären Bereich erfolgt die Fort- und Weiterbildung des Personals dezentral in Eigenverantwortung der Einrichtungen, sodass kein flächendeckendes oder vergleichbares Angebot gewährleistet ist. Eine landesweit zugängliche Übersicht über queersensible Fachkräfte oder Einrichtungen im Gesundheitswesen existiert nicht; dies erschwert queeren Menschen den Zugang zu passgenauen und diskriminierungsfreien Versorgungsangeboten.

Intergeschlechtliche Menschen sehen sich aufgrund ihrer körperlichen Geschlechtsmerkmale oft mit besonderen gesundheitlichen und rechtlichen Hürden konfrontiert. Seit 2021 schützt das Gesetz intergeschlechtliche Kinder vor nicht medizinisch notwendigen geschlechtszuweisenden Operationen (KGeschESG, BGB §1631e und KonvBehSchG). Aktuell evaluiert der Bund die Umsetzung dieser Regelungen im Rahmen des Aktionsplans „Queer Leben“ (Drs. 20/14250<sup>65</sup>) um ihn gegebenenfalls weiterzuentwickeln. In Sachsen-Anhalt fehlen inter\*-selbstorganisierte Vereine oder spezialisierte Beratungsangebote – eine Lücke, die den Zugang zu queersensibler Gesundheitsversorgung erschwert. Der Europarat

---

<sup>63</sup> - Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024): Diagnose Diskriminierung. Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen  
[https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/forschungsprojekte/DE/Studie\\_Diagnose\\_Diskriminierung.html](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/forschungsprojekte/DE/Studie_Diagnose_Diskriminierung.html)  
(letzter Zugriff 5.09.2025)

- Baer, Judit/Lache, Lena/Sachs, Magdalena/Voß, Heinz-Jürgen (2021): Diskriminierungserfahrungen von LSBTTI in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Bundesländern, fokussiert auf trans\*- und intergeschlechtliche Menschen und unter Berücksichtigung intersektionaler Ansätze  
<https://forschung-sachsen-anhalt.de/project/diskriminierungserfahrungen-lsbtti-sachsen-25817>  
(letzter Zugriff 8.04.2025)

<sup>64</sup> Koalitionsvertrag 2021-2026, <https://www.sachsen-anhalt.de/li/politik-und-verwaltung/die-landesregierung> (letzter Zugriff 27.08.2025)

<sup>65</sup> Unterrichtung durch die Bundesregierung (2024): Bericht der Bundesregierung zum Umsetzungsstand des Aktionsplans für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt „Queer leben“

verabschiedete am 7. Oktober 2025 einstimmig Empfehlungen zur Gleichberechtigung intergeschlechtlicher Personen<sup>66</sup>.

Betroffene trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen können derzeit Informationen über landesgeförderte Beratungsstellen beziehen, darunter das Begegnungs- und Beratungszentrum „Lebensart“ e. V., den LSVD Landesverband Sachsen-Anhalt sowie die AIDS-Hilfen Sachsen-Anhalt. Parallel arbeitet der Landesverband der AIDS-Hilfen an einem Online-Portal<sup>67</sup>, das Angebote von Beratungsstellen und Behandlungsmöglichkeiten zentral erfassen soll; dessen Entwicklung und langfristige Pflege erfordern jedoch erhebliche personelle und technische Ressourcen.

Im Kontext der geplanten Schaffung eines regelmäßigen Fortbildungsangebots für medizinisches, psychotherapeutisches und pflegerisches Fachpersonal mit Schwerpunkt auf queere Lebensrealitäten ist zu beachten, dass der Verein Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e.V. (TIAM)<sup>68</sup> derzeit den Aufbau eines queeren Gesundheitsnetzwerks für Mitteldeutschland vorbereitet. Dieses zielt auf die Vernetzung, Sichtbarmachung und Stärkung medizinischer, psychosozialer und beratender Angebote für queere Personen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

#### ZIEL:

Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Behandlungsqualität für trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen durch queersensible Qualifizierung des Fachpersonals und bedarfsgerechte Angebotsentwicklung.

#### KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Durchführung eines Fachtags Inter\* sowie einer anschließenden Materialsammlung und Öffentlichkeitsarbeit am 24.10.2025<sup>69</sup>
- Aufbau einer Kooperation mit der Landeskoordinierungsstelle Inter\*<sup>70</sup> in Niedersachsen zur Nutzung von Synergien und gemeinsame Projektentwicklungen
- Prüfung der Möglichkeit, dass von TIAM e.V. initiierte queere Gesundheitsnetzwerk in Sachsen-Anhalt durch fachliche Begleitung, Vernetzung, Koordinierung sowie Anbindung an bestehende Strukturen zu unterstützen und bestehende Zuständigkeiten und Ressourcen zu nutzen

---

<sup>66</sup> CM/Rec (2025): Empfehlung des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zur Gleichberechtigung von intersexuellen Personen, <https://www.coe.int/en/web/sogi/intersexrecommendation> (letzter Zugriff 27.10.2025)

<sup>67</sup> <https://www.sternchen-lsa.de/> (letzter Zugriff 5.09.2025)

<sup>68</sup> <https://www.trans-inter-aktiv.org/> (letzter Zugriff 5.09.2025)

<sup>69</sup> Der Fachtag wurde am 24.10.2025 erfolgreich durchgeführt, hat wichtige Impulse geliefert, neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet und ist nachhaltig auf der Webseite <https://fachtag-inter.de/> dokumentiert.

<sup>70</sup> <https://gnn.de/inter/> (letzter Zugriff 27.10.2025)

- Organisatorische Unterstützung durch die LFG für die vom Träger angebotene Weiterbildung für psychologische Fachkräfte zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ab Mai 2026<sup>71</sup>
- Entwicklung und Implementierung einer KI-gestützten App für geschlechtsaffirmierende Stimmtherapie, um Trans\* Personen bei der Anpassung ihrer Stimme an ihre geschlechtliche Identität zu unterstützen (TransVoice-Projekt), gefördert durch das Ministerium für Infrastruktur und Digitalisierung (MID)

---

<sup>71</sup> Fortbildung: Affirmativ und leitliniengerecht: Kompetenzen in der psychotherapeutischen Arbeit mit trans\* und gendernonkonformen Personenbildung, [www. https://www.aidshilfesachsenanhaltsnord.de/de/veranstaltung/affirmativ-und-leitliniengerecht-kompetenzen-der-psychotherapeutischen-arbeit-mit](https://www.aidshilfesachsenanhaltsnord.de/de/veranstaltung/affirmativ-und-leitliniengerecht-kompetenzen-der-psychotherapeutischen-arbeit-mit)

## 15. Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit HIV im Alltag, im Alter und in der Pflege

### SACHSTAND:

Die medizinischen Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte haben die Lebensqualität und Lebenserwartung von Menschen mit HIV grundlegend verändert: Wo früher eine HIV-Diagnose in den meisten Fällen mit einer deutlich verkürzten Lebensspanne einherging und somit altersspezifische Versorgungsbedarfe kaum relevant waren, erreichen heute viele Betroffene das höhere Lebensalter. Das hat einen wachsenden und strukturell bisher unzureichend adressierten Bedarf an interdisziplinärer, stigmareduzierender und alterssensibler Versorgung zur Folge.

Trotz erheblicher medizinischer Fortschritte – insbesondere verbesserter Therapiemöglichkeiten und der Etablierung wirksamer präventiver Maßnahmen wie der Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) – bleibt HIV weiterhin mit gesellschaftlicher Stigmatisierung verbunden. Diese zeigt sich auch im Gesundheits- und Pflegesektor, etwa in Form von Wissensdefiziten, unbegründeten Ängsten vor Infektionen oder strukturellen Barrieren im Zugang zur Versorgung. In Einzelfällen kommt es sogar zur Ablehnung von Aufnahmen in stationäre Pflegeeinrichtungen, obwohl bei Einhaltung gängiger Hygiene-, Arbeitsschutz- und datenschutzrechtlicher Standards kein erhöhtes Risiko für die dort lebenden Menschen oder Beschäftigte besteht. Entgegen der verbreiteten Annahme, Stigmatisierung nehme mit medizinischem Fortschritt ab, bleibt sie in vielen Bereichen bestehen – teils in offener, teils in subtiler Form<sup>72</sup>.

Bundesweite Berichte zur HIV-Versorgung im Alter belegen, dass mangelnde Qualifizierung des Pflegepersonals sowie das Fehlen institutioneller Sensibilisierungsmaßnahmen die Versorgungsqualität für Menschen mit HIV erheblich beeinträchtigen<sup>73</sup>. In Sachsen-Anhalt spiegelt sich diese Lücke in der aktuellen Sterblichkeitsentwicklung wider: Laut Angaben des Landesgeschäftsführers der AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt verstarben im vergangenen Jahr fünf Menschen mit HIV – so viele wie in den fünf Jahren zuvor zusammengenommen nicht. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die reine Verfügbarkeit medizinischer Therapien nicht ausreicht, um eine würdevolle und bedarfsgerechte Versorgung im Alter sicherzustellen. Vielmehr können auch Defizite, wie fehlende Akzeptanz oder diskriminierendes Verhalten im Rahmen der Versorgung dazu beitragen, dass Menschen mit HIV in prekäre Lebens- und Sterbesituationen geraten, die vermeidbar wären.

---

<sup>72</sup> - Schock, Axel (2015): HIV UND ALTER. Angst und Vorurteil, <https://magazin.hiv/magazin/praevention-wissen/angst-und-vorurteil/> (letzter Zugriff 28.08.2025)

- AG Aidsprävention - HIV/STI in NRW (2015): Unbegründete Ängste und Wissensdefizite in der Altenpflege, [https://aids-nrw.de/front\\_content.php?idcat=2504&idart=6350&lang=51](https://aids-nrw.de/front_content.php?idcat=2504&idart=6350&lang=51) (letzter Zugriff 28.08.2025)

<sup>73</sup> Konnegen, Isabelle (2023): Queere Pflege: Herausforderungen für Pflegeheime, <https://www.medi-karriere.de/magazin/queere-pflege/> (letzter Zugriff 09.09.2025)

Vor diesem Hintergrund ist eine systematische Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen erforderlich. Ein wichtiger Ansatzpunkt liegt in der Pflegeausbildung in den Lernorten der Pflegeschule sowie der Einrichtungen der praktischen Ausbildung: Die geltenden Lehr- und Ausbildungspläne orientieren sich an bundesrechtlichen Rahmenvorgaben und lassen den Pflegeschulen sowie den Einrichtungen der praktischen Ausbildung Spielräume bei der inhaltlichen Ausgestaltung einzelner Themenfelder, darunter auch HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen. Zur Stärkung einer einheitlichen fachlichen Kompetenz im Umgang mit HIV sowie zur Förderung einer diskriminierungssensiblen Versorgung wird geprüft, inwieweit landesrechtliche Regelungen zur Pflegeausbildung weiter konkretisiert werden können. Ziel ist es, entsprechende Inhalte verbindlicher zu verankern, die Lernortkooperation zwischen Pflegeschulen und Trägern der praktischen Ausbildung zu stärken und damit die Handlungssicherheit in der Versorgungspraxis zu erhöhen. und damit Handlungssicherheit in der Versorgungspraxis zu erhöhen. Ergänzend können qualitätsgesicherte Fortbildungsinstrumente wie etwa das E-Learning-Modul „LUBE – Lernen, Unterstützen, Beraten, Empowern“ der Deutschen Aidshilfe unterstützend eingesetzt werden, um Lehrende, Praxisanleitende und Auszubildende für medizinische, psychosoziale und diskriminierungsbezogene Fragestellungen weiter zu sensibilisieren und die Umsetzung in Theorie und Praxis zu unterstützen.

#### ZIEL:

Verbesserung der Lebenslage von Menschen mit HIV im Alltag und Alter und der Pflege

#### LANGFRISTIGE MASSNAHME:

- Weiterentwicklung der landesrechtlichen Regelungen zur Pflegeausbildung zur Stärkung von HIV-Kompetenz und Antidiskriminierung in der pflegerischen Versorgung

## 16. Queersensible Pflege und Betreuung im ländlichen Raum

### SACHSTAND:

Die pflegerische Versorgung und Betreuung queerer Menschen steht vor erheblichen strukturellen und sozialen Herausforderungen<sup>74</sup>. Aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte, weiter Entfernungen zu urbanen Zentren und fehlender spezialisierter Angebote ist der Zugang zu queersensibler Pflege im ländlichen Raum oft eingeschränkt. Dies führt zu einer systematischen Benachteiligung, insbesondere für ältere queere Menschen, die auf Unterstützung im Alltag oder stationäre Unterbringung angewiesen sind.

Die empirische Datenlage zur Lebenssituation und Teilhabe älterer queerer Personen in Deutschland ist gering. Laut Schätzungen leben rund 468.000 Menschen ab 65 Jahren in Deutschland, die queer sind. Wie der Neunte Altersbericht der Bundesregierung unterstreicht, sind sie häufig mit Diskriminierung in zentralen Lebensbereichen konfrontiert – insbesondere im Pflege- und Betreuungssystem. Hinzu kommen erhöhte Risiken von Armut und sozialer Isolation, wobei insbesondere ältere Lesben besonders stark von Altersarmut betroffen sind<sup>75</sup>. Verbreitet ist die Befürchtung, in Pflegeeinrichtungen ihre Identität verbergen zu müssen oder auf Unverständnis beim Pflegepersonal zu stoßen.

Der bundesweite Aktionsplan „Queer leben“ erkennt diese Mehrfachbelastungen an und setzt sich zum Ziel, die Lebensbedingungen queerer Menschen nachhaltig zu verbessern – auch und gerade im Alter. Ein zentraler Fokus liegt dabei auf der Bekämpfung struktureller Diskriminierung und der Schaffung sicherer, inklusiver Betreuungsstrukturen<sup>76</sup>.

Als praktische Umsetzung dieser Zielsetzung dient bereits das vom AWO-Bundesverband in den Jahren 2019 bis 2021 durchgeführte Modellprojekt „Queer im Alter“. Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, entstand daraus ein praxisorientierter Leitfaden für Einrichtungen der Altenhilfe, der Handlungsempfehlungen zur Öffnung für queere Menschen im Alter bereitstellt. Begleitet wurde das Projekt durch bundesweite Fortbildungsveranstaltungen, an denen Altenpflegeeinrichtungen aus ganz Deutschland teilnahmen, um erste Schritte hin zu einer diskriminierungssensiblen und diversitätsbewussten Praxis zu gehen<sup>77</sup>.

---

<sup>74</sup> AWO Bundesverband e.V. (2021): Praxishandbuch zur Öffnung der Altenhilfeeinrichtungen für LSBTIQ\* [https://queer-im-alter.de/fileadmin/user\\_upload/materialien/pdf/Queer im Alter Praxishandbuch 2. Auflage.pdf](https://queer-im-alter.de/fileadmin/user_upload/materialien/pdf/Queer_im_Alter_Praxishandbuch_2_Auflage.pdf) (letzter Zugriff 8.09.2025)

<sup>75</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025): Neunter Altersbericht. Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen [https://www.neunter-altersbericht.de/fileadmin/Redaktion/Bericht\\_Broschuere\\_Deckblaetter/Neunter Altersbericht Bundestagsdrucksache korrr\\_barrierefrei.pdf](https://www.neunter-altersbericht.de/fileadmin/Redaktion/Bericht_Broschuere_Deckblaetter/Neunter_Altersbericht_Bundestagsdrucksache_korr_barrierefrei.pdf) (letzter Zugriff 8.09.2025)

<sup>76</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2022): „Queer leben“ Aktionsplan der Bundesregierung für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/205126/4826d1e00dc9d02e48f46fa47bb0c3e9/aktionsplan-queer-leben-data.pdf> (letzter Zugriff 8.09.2025)

<sup>77</sup> AWO Bundesverband e.V. (2021): Queer im Alter. Das Modellprojekt der Arbeiterwohlfahrt, <https://queer-im-alter.de/ueber-uns/das-modellprojekt> (letzter Zugriff 28.10.2025)

Sachsen-Anhalt, insbesondere der ländliche Raum, braucht dringend Unterstützung, um die Pflegekultur für queere Menschen zu verbessern. Durch mehr Fachwissen und Sensibilität im Pflegesektor könnten Barrieren abgebaut und ein sicherer und respektvoller Raum in ambulanten wie stationären Settings geschaffen werden. Aktuell führt der Mangel daran dazu, dass viele queere Menschen notwendige Pflegeleistungen zögerlich in Anspruch nehmen oder Angst vor dem Einzug in eine Pflegeeinrichtung haben. Eine bessere Versorgung würde nicht nur die körperliche Versorgung sichern, sondern auch die Würde und psychische Stabilität im Pflegealltag stärken<sup>78</sup>.

#### ZIEL:

Verbesserung der Pflege- und Betreuungsangebote für queere Menschen im ländlichen Raum durch Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen in der Altenhilfe.

#### KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Gespräche und Treffen zwischen dem Fachausschuss „Altenhilfe und Gesundheit“ der LIGA, der queeren Community und dem Ministerium, um die Bedarfe und Möglichkeiten einer queer-sensiblen Altenhilfe und Pflege in Sachsen-Anhalt zu diskutieren und konkrete Schritte für eine verbesserte Versorgung zu entwickeln
- Prüfung der möglichen Umsetzung der im Rahmen des Bundesprojektes „Queer im Alter“ entwickelten Handlungsempfehlungen

---

<sup>78</sup> Baer, Judit/Lache, Lena/Sachs, Magdalena/Voß, Heinz-Jürgen (2021): Diskriminierungserfahrungen von LSBTTI in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Bundesländern, fokussiert auf trans\*- und intergeschlechtliche Menschen und unter Berücksichtigung intersektionaler Ansätze, <https://forschung-sachsen-anhalt.de/project/diskriminierungserfahrungen-lsbtti-sachsen-25817> (letzter Zugriff 8.04.2025)

## Gleichstellung in der Arbeitswelt

Viele queere Menschen erfahren im Alltag wie im Berufsleben Diskriminierung aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung, was sich besonders gravierend auf ihre berufliche Teilhabe auswirkt<sup>79</sup>. Diese Erfahrungen von Ausgrenzung am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz führen häufig zu erheblichen psychischen Belastungen, sozialem Rückzug oder sogar Burnout – und zwingen Betroffene nicht selten dazu, ihren Arbeitsplatz aufzugeben oder sich beruflich völlig neu zu orientieren.

Rund 30 Prozent der queeren Personen in Deutschland geben an, ihre Identität am Arbeitsplatz nicht zu offenbaren – bei Führungskräften sind es sogar bis zu 70 Prozent. Jede dritte queere erwerbstätige Person hat bereits negative Erfahrungen gemacht, sei es durch Herabwürdigung, Ausschluss oder fehlende Anerkennung. Bei trans, inter\* und nichtbinären Personen ist das Gefühl der Respektlosigkeit besonders ausgeprägt – nur etwa ein Drittel fühlt sich einer aktuellen Befragung zufolge respektvoll behandelt<sup>80</sup>. Diese strukturelle Benachteiligung hat konkrete Folgen: Höhere psychische Belastung, geringere Bindung an den Arbeitsplatz, vermehrte Kündigungen und eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit – besonders bei trans\* und bisexuellen Menschen<sup>81</sup>. Das führt nicht nur zu individuellem Leid, sondern auch zu einem Verlust an Potenzial und Produktivität, den sich ein Land im Fachkräftemangel nicht leisten kann.

Gleichzeitig bietet die Arbeitswelt eine zentrale Chance: Betriebe, die Vielfalt aktiv fördern, gewinnen an Innovationskraft, binden ihre Beschäftigten stärker und übernehmen mehr soziale Verantwortung. Maßnahmen wie klare Antidiskriminierungsrichtlinien, die Nutzung geschlechtergerechter Sprache, Sensibilisierungsschulungen, Mentoringprogramme und die Unterstützung interner queerer Netzwerke tragen dazu bei, ein sicheres und inklusives Arbeitsklima zu schaffen. Als Zeichen dieses Engagement hat das Land Sachsen-Anhalt bereits im Jahr 2010 die Charta der Vielfalt<sup>82</sup> unterzeichnet und setzt sich damit für eine vielfältige und inklusive Arbeitswelt ein.

Gleichstellung in der Arbeitswelt ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft. Denn Diskriminierung am Arbeitsplatz verstößt gegen

---

<sup>79</sup> Queeres Zentrum Mannheim e.V. (2023): QUEER AT WORK – LSBTIQ\* in der Arbeitswelt  
<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/queer-at-work-lsbtiq-in-der-arbeitswelt>  
(letzter Zugriff 8.04.2025)

<sup>80</sup> Frohn, Dominic/Heiligers, Najn (2024): »Out im Office?!« Die Arbeitssituation von LSBTIQA\*,  
[https://www.diversity-institut.info/wp-content/uploads/2024/05/IDA\\_2024\\_Studie\\_LSBTIQA\\_2024\\_04\\_19.pdf](https://www.diversity-institut.info/wp-content/uploads/2024/05/IDA_2024_Studie_LSBTIQA_2024_04_19.pdf)  
(letzter Zugriff 8.04.2025)

Queeres Zentrum Mannheim e.V. (2023): QUEER AT WORK – LSBTIQ\* in der Arbeitswelt,  
<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/queer-at-work-lsbtiq-in-der-arbeitswelt>  
(letzter Zugriff 8.04.2025)

<sup>81</sup> Franzen, Jannik/Sauer Arn (2010): Benachteiligung von Trans\*Personen insbesondere im Arbeitsleben,  
[https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise\\_benachteiligung\\_von\\_trans\\_personen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/expertise_benachteiligung_von_trans_personen.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (letzter Zugriff 2.10.2025)

<sup>82</sup> <https://www.charta-der-vielfalt.de/> (letzter Zugriff 9.09.2025)

das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und untergräbt das Recht auf Würde und Selbstbestimmung. Um echte Teilhabe zu ermöglichen, braucht es mehr als Toleranz: Es braucht strukturelle Veränderungen, sichtbare Repräsentation und politische Unterstützung, damit Vielfalt nicht nur geduldet, sondern gelebt wird.

## 17. Umfassende Sensibilisierung, Vernetzung, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit zu LSBTIQ\* und Stärkung der Akzeptanz im öffentlichen Dienst

### SACHSTAND:

Der Koalitionsvertrag des Landes Sachsen-Anhalt sieht die strukturelle Verankerung von Diversität in der öffentlichen Verwaltung ausdrücklich vor, auch im Hinblick auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ\*). Genannt werden unter anderem eine geschlechter- und diskriminierungssensible Sprache, interne Qualifizierungsangebote sowie angepasste Personalentwicklungs- und Beförderungskonzepte (Z. 3595 ff. und 3552 ff.).

Das Aus- und Fortbildungsinstitut Sachsen-Anhalt (AFI) berücksichtigt queere Perspektiven bereits als Querschnittsthema in verschiedenen Fortbildungsformaten. Der aktuelle Fortbildungskatalog enthält zudem wiederkehrende Angebote zu geschlechtergerechter Sprache und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Gleichwohl zeigen Rückmeldungen aus der Praxis, dass weiterhin Wissens- und Handlungssicherheitsbedarfe im Umgang mit den Lebensrealitäten und spezifischen Schutzbedarfen queerer Menschen bestehen. Auch eine ressortübergreifende Vernetzung queerer sowie weiterer interessierter Beschäftigter ist bislang nicht systematisch etabliert, sondern erfolgt überwiegend anlassbezogen.

### ZIEL:

Systematische Verankerung von Vielfalt und Queersensibilität in der Landesverwaltung durch Qualifizierung, Rechtssicherheit und vorbildliche Gleichstellungspolitik.

### KURZFRISTIGE MASSNAHME:

- Einbeziehung queersensibler Perspektiven in Fortbildungsformate des AFI – einschließlich der Führungskräftequalifizierung – u. a. durch Orientierungshilfen und Leitlinien für die Einbindung entsprechender Inhalte zur Stärkung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Verwaltung

### LANGFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Erstellung eines Leitfadens für queere Kompetenzentwicklung in der Personalentwicklung und Führung
- Systematische Verankerung queerpolitischer Kompetenzen in allen Führungskräftequalifizierungen

## 18. Sensibilisierungsangebot für Mitarbeitende der Jobcenter und Arbeitsagenturen in Sachsen-Anhalt sowie spezielle Beratungs- und Unterstützungsprogramme für trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen

### SACHSTAND:

Wie in der Einleitung „Gleichstellung in der Arbeitswelt“ (S. 41) beschrieben, führt Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung häufig zu psychischen Belastungen und erschwert die berufliche Teilhabe. Eine gelingende Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt muss diese Realitäten anerkennen und in der Beratung sensibel, kompetent und bedarfsgerecht aufgreifen. Besonders trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen, die oft mit multiplen Diskriminierungsformen und gesellschaftlicher Stigmatisierung konfrontiert sind, benötigen spezialisierte Unterstützungsangebote, die über reine Arbeitsvermittlung hinausgehen – etwa durch psychosoziale Begleitung, Coaching bei der beruflichen Orientierung, Unterstützung im Bewerbungsprozess und Hilfe bei der Bewältigung von Barrieren im Arbeitsumfeld.

Gleichzeitig ist es notwendig, die Mitarbeitenden in Jobcentern und Arbeitsagenturen in Sachsen-Anhalt systematisch für diese Themen zu sensibilisieren, damit sie queere Lebensrealitäten erkennen, diskriminierungsfrei beraten und passgenaue Vermittlungswege eröffnen können. Sinnvoll könnte es sein, zentrale Ansprechpersonen für queere Belange in den Jobcentern und Arbeitsagenturen einzurichten, die als Schlüsselpersonen wirken und bei Bedarf vermitteln. Darüber hinaus gilt es, Unternehmen gezielt zu sensibilisieren, um queersensible und diskriminierungsfreie Arbeitsplätze zu fördern.

### ZIEL:

Mitarbeitende der Arbeitsagenturen und Jobcenter sollen für die spezifischen Bedürfnisse von queeren Menschen sensibilisiert werden.

### KURZFRISTIGE MASSNAHME:

- Durchführung eines Workshops mit der Community zur Erhebung erster Qualifizierungsbedarfe und Entwicklung von Handlungsoptionen am 9. Dezember 2025<sup>83</sup>

### LANGFRISTIGE MASSNAHME:

- Entwicklung eines Fortbildungscurriculums auf Basis der Workshop-Ergebnisse zur mittelfristigen Etablierung einer flächendeckenden und verbindlichen Qualifizierung in den Arbeitsverwaltungen

---

<sup>83</sup> Die Maßnahme „Durchführung eines Workshops mit der Community zur Erhebung erster Qualifizierungsbedarfe und Entwicklung von Handlungsoptionen“ wurde am 9. Dezember 2025 erfolgreich durchgeführt. Der Workshop hat wichtige Impulse geliefert und neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet.

## Übergreifende Themen

Das Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der über isolierte Einzelmaßnahmen hinausgeht und strukturelle sowie gesellschaftliche Zusammenhänge berücksichtigt. Im Kapitel „Übergreifende Themen“ werden daher zentrale Querschnittsaufgaben gebündelt, die für alle Handlungsfelder des Programms relevant sind und dazu beitragen, die Belange queerer Menschen dauerhaft in Politik, Verwaltung und Gesellschaft zu verankern.

Dazu zählt die geplante Studie zur Lebensrealität queerer Menschen – mit besonderem Fokus auf trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen –, die erstmals landesweit belastbare Daten zu Diskriminierungserfahrungen, Teilhabechancen und Unterstützungsbedarfen liefern kann. Ebenso zentral ist der queersensible Umgang mit Kindeswohlgefährdung, um queere Familien und Jugendliche vor voreiligen Fehleinschätzungen zu schützen und professionelle Hilfe bedarfsgerecht anzubieten.

Weiterhin sollten digitale Unterstützungsformate ausgebaut werden: Online-Beratungsangebote zu geschlechtlicher Vielfalt sowie Peer-Beratung für trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen – bei Bedarf auch für queere Geflüchtete – schaffen niedrigschwellige, vertrauensvolle Zugänge zu Hilfen. Auch der Schutz analoger queerer Räume wird gestärkt: Durch die Entwicklung und Implementierung von Sicherheitskonzepten für Veranstaltungen und Organisationen soll die physische und psychische Sicherheit queerer Menschen gewährleistet werden.

Schließlich wird die institutionelle Verankerung durch die Verstetigung der Landeskoordinierungsstellen LSBTIQ\* gesichert – als zentrale Anlaufstellen für Vernetzung, Fachberatung und Öffentlichkeitsarbeit.

Gemeinsam bilden diese Themen das Fundament für ein ressortübergreifendes, evidenzbasiertes und bedarfsgerechtes Landesprogramm, das queere Menschen in all ihrer Vielfalt sichtbar macht, schützt und stärkt.

## 19. Studie über die Lebensrealität queerer Menschen, insbesondere trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen

### SACHSTAND:

Die Lebensrealität queerer Menschen, insbesondere trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen, in Sachsen-Anhalt ist bislang kaum erforscht. Eine umfassende Recherche nach bestehenden Studien zum Thema LSBTIQ\* im Zeitraum von 2015 bis 2025 ergab, dass für Sachsen-Anhalt kaum relevante Studien vorliegen, die sich speziell mit den Erfahrungen und Bedürfnissen queerer Menschen, insbesondere trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen, auseinandersetzen.

Diese Forschungslücke ist besorgniserregend, da queere Menschen, insbesondere trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen, oft Opfer von Diskriminierung, Gewalt und Hassverbrechen sind und spezifische Unterstützungsangebote benötigen, um ihre Bedürfnisse und Herausforderungen zu bewältigen. Ohne eine solide Datenbasis können politische Entscheidungen und Unterstützungsangebote nicht bedarfsgerecht entwickelt werden, was die Lebensrealität queerer Menschen, insbesondere trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen, weiter erschwert.

### ZIEL:

Schaffung einer faktenbasierten Handlungsgrundlage für politische Entscheidungen und Förderungen.

### LANGFRISTIGE MASSNAHMEN:

- Beauftragung einer Untersuchung zu Situation und Lebensbedingungen queerer Menschen, besonders im Jugendalter
- Vorbereitung der verstärkten Einbindung eines queeren Schwerpunktkapitels in künftige landesweite Berichterstattungen

## 20. Stärkung eines diskriminierungsfreien und queersensiblen Umgangs mit Kindern und Jugendlichen

### SACHSTAND:

Queere Kinder und Jugendliche erleben im Alltag – auch in Einrichtungen, die ihnen Schutz und Unterstützung bieten sollen – mitunter mangelnde Sichtbarkeit, fehlende Anerkennung oder Vorbehalte. Zwar sieht § 9 des Sozialgesetzbuches VIII ausdrücklich vor, die Sensibilisierung für die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen, Jungen sowie trans\*, inter\* und nichtbinären jungen Menschen zu berücksichtigen, in der Praxis zeigt sich jedoch, dass dieser Auftrag noch nicht überall gleichermaßen umgesetzt wird. Insbesondere an Schnittstellen zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Gesundheitswesen und Justiz bedarf es abgestimmter Handlungskompetenzen: Es reicht nicht aus, wenn einzelne Fachkräfte für sich queersensibel agieren, vielmehr müssen gemeinsame Fallverständnisse, Weiterverweisungswege und Standards entwickelt werden, um Versorgungslücken zu vermeiden<sup>84</sup>.

Die Landesregierung setzt sich für eine stärkere Qualifizierung und Vernetzung der beteiligten Fachkräfte in den tangierten Institutionen ein. Einige Ressorts haben bereits erste Schritte unternommen: Das Ministerium für Bildung fördert über das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA), die Lehrkräfte für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sensibilisieren und ihnen konkrete Handlungskompetenzen vermitteln. Das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz legt Wert auf queersensible Perspektiven im Kinderschutz und ermöglicht Fortbildungen – etwa in Kooperation mit der Hochschule Merseburg –, doch eine verbindliche, flächendeckende Verankerung in der Aus- und Fortbildung, insbesondere im Sozialen Dienst der Justiz, fehlt bislang. Das MS verweist auf das Angebot des Landesjugendamts, das queersensible Fortbildungen für sozialpädagogische Fachkräfte bereitstellt sowie auf das Projekt „Medienkoffer Geschlechtervielfalt“<sup>85</sup> und den queeren Fachtagung „Kinder- und Jugendhilfe & Schule verqueeren“<sup>86</sup> (siehe Maßnahme 2). In den regionalen Netzwerken Kinderschutz / Frühe Hilfen finden in regelmäßigen Abständen Weiterbildungen oder Beratungen durch das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. statt.

Insgesamt zeigt sich: Es gibt einzelne gute Ansätze und engagierte Initiativen. Anzustreben ist eine kohärente, ressortsübergreifende Strategie, die queere Lebensrealitäten systematisch und verbindlich in alle Ebenen integriert. Zu prüfen sind daher die Umsetzungen flächendeckender Qualifizierungen und die Implementierung klarer Handlungsleitlinien, um eine institutionelle Kultur der Sensibilisierung für queere Lebenszusammenhänge zu schaffen.

---

<sup>84</sup> Günther, Mari/Teren, Kirsten/Bos, Sascha/Müller-Rehberg, Willy-Gerd/ Reiner Katrin (2023): Familien mit trans\* und nicht-binären Kindern: Orientierung für Eltern, Jugendliche und Fachkräfte

<sup>85</sup> <https://medienkoffer-kgkjh.de/> (letzter Zugriff 30.10.2025)

<sup>86</sup> <https://www.queere-fachkonferenz.de/> (letzter Zugriff 30.10.2025)

## ZIEL:

Sicherstellung einer diskriminierungsfreien Praxis von Fachkräften im Umgang mit jungen queeren Personen.

## KURZFRISTIGE MASSNAHMEN

- Einbindung der queeren Community in die Themenfindung und Gestaltung von Fortbildungen (LISA)
- Prüfung, wie Fortbildungen für Fachkräfte zum Thema queersensible Praxis in der Kinder- und Jugendhilfe – insbesondere im Kontext des Kindeswohls – in bestehende Qualifizierungsangebote erfolgreich integriert werden können
- Weitere Verankerung queerer Themen in bestehenden Netzwerken und Austauschgremien
- Sensibilisierung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Sicherstellung der Vertretung von queerer Expertise in den örtlichen Jugendhilfeausschüssen nach § 5 KJHG LSA
- Analyse und Anpassung bestehender Programme zur Absicherung des Kindeswohls queerer Jugendlicher

## 21. Sicherstellung bedarfsgerechter Leistungen und Beratung der Kinder und Jugendhilfe für queerer junge Volljährige mit Fluchterfahrung

### SACHSTAND:

Junge volljährige queere Geflüchtete zählen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität oft zu den besonders schutzbedürftigen Personengruppen. Diese Schutzbedürftigkeit wird im Koalitionsvertrag Sachsen-Anhalts ausdrücklich anerkannt (Ziffer 3706 ff, 3563<sup>87</sup>). Viele von ihnen weisen zudem mehrfache Belastungsfaktoren auf, etwa traumatische Fluchterfahrungen, Unsicherheiten im Aufenthaltsstatus oder Diskriminierungserfahrungen in Herkunfts- und Aufnahmeländern.

Auf Landesebene wurden daher entsprechende queersensible Strukturen etabliert: So verfügt die Zentrale Ausländerbehörde Sachsen-Anhalt (ZAST) über eine speziell geschulte LSBTIQ\*-Ansprechperson, die Außenstelle „OdF“ ist seit November 2025 als Schutzunterkunft für besonders vulnerable Personen benannt und Meldebögen zur Schutzbedürftigkeit fließen in die Weiterleitung an Landkreise/kreisfreie Städte ein. Zudem fanden Schulungen durch den LSVD statt, und erste Elemente des LSVD-Praxisleitfadens<sup>88</sup> zum Schutz vor Gewalt in Unterkünften sind umgesetzt (z. B. Informationsplakate in der ZAST).

Trotz der Fortschritte bei der Etablierung queersensibler Strukturen auf Landesebene gilt es, den Zugang auch zu anderen Hilfen, bspw. zu Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe wie den Hilfen zur Erziehung (HzE), für volljährig ankommende junge queere Geflüchtete zu stärken (vgl. § 41 SGB VIII). Auch (queere) Geflüchtete, die als junge Volljährige (18-26 Jahre) nach Deutschland kommen, haben grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf geeignete und notwendige erzieherische Hilfen (regelmäßig bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres), wenn und solange ihre Persönlichkeitsentwicklung eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche und selbständige Lebensführung nicht gewährleistet. Ob ein solcher Bedarf jedoch aktuell erkannt wird, ist fraglich.

Wie die Kleine Anfrage KA 8/2806<sup>89</sup> (Februar 2025) zeigt, erfolgt die Qualifizierung zu den Bedarfen queerer Geflüchteter bislang vor allem auf Ebene der ZAST; in den kommunalen Unterkünften hingegen werden flächendeckende, spezifische Fortbildungen zu queeren Schutzbedürftigkeiten und zur Angebotspalette der Kinder- und Jugendhilfe noch nicht systematisch angeboten. Um besonders schutzbedürftige junge volljährige queere

---

<sup>87</sup> Koalitionsvertrag 2021-2026, <https://www.sachsen-anhalt.de/lj/politik-und-verwaltung/die-landesregierung> (letzter Zugriff 27.08.2025)

<sup>88</sup> LSVD (2020) Praxisleitfaden zum Schutz queerer Geflüchteter vor Gewalt in Unterkünften <https://www.lsvd.de/de/ct/4117-Praxisleitfaden-zum-Schutz-queerer-Gefuechteter-vor-Gewalt-in-Unterkuenften> (letzter Zugriff 2.10.2025)

<sup>89</sup> Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung Abgeordnete Henriette Quade (2025): Gesundheitsversorgung und Unterstützung von queeren, trans-, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen in Landeserstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete in Sachsen-Anhalt, KA 8/2806

Geflüchtete bereits bei der Ankunft angemessen zu erreichen, sind landesweit einheitliche Strukturen für die Erstsprache sowie die gezielte Qualifizierung des Personals in kommunalen Unterkünften weiterzuentwickeln.

**ZIEL:**

Adäquate Absicherung von unterstützenden Leistungen und Beratungen – bspw. der Kinder- und Jugendhilfe - für junge volljährige queere Geflüchtete.

**KURZFRISTIGE MASSNAHMEN:**

- Sicherstellung der Information über den Anspruch auf Leistungen der Jugendhilfe (bspw. nach § 41 SGB VIII) für junge queere Geflüchtete bei der Erstaufnahme durch die ZAST

## 22. Digitale Beratung für geschlechtliche Vielfalt mit besonderen Bedarfen und qualifizierter Peer-Beratung

### SACHSTAND:

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit strukturell bedingten Versorgungslücken: Derzeit existiert landesweit nur ein einziges spezialisiertes Beratungsangebot für geschlechtliche Vielfalt – das Modellprojekt TINA\*Young im Norden Sachsen-Anhalts<sup>90</sup>, zeitlich befristet bis 2029 und finanziert durch Drittmittel der Aktion Mensch. In allen übrigen Regionen gibt es lediglich punktuelle, oft kommunal begrenzte Initiativen, die weder flächendeckend noch langfristig gesichert sind. Die Folge: Weite Teile des Landes, insbesondere ländliche Räume und kleinere Städte, bleiben ohne dauerhaft verfügbare, qualifizierte Anlaufstellen. Die Instabilität der Finanzierung und die fehlende institutionelle Verankerung erschweren zudem eine kontinuierliche, verlässliche Unterstützung.

Die Beratungsthemen bei queeren Menschen und Fachkräften sind vielschichtig und reichen von (De-)Transitionsbegleitung, rechtlicher Namens- und Personenstandsänderung, Familienplanung und sexueller Selbstbestimmung über Outing-Begleitung bis hin zu intersektionalen Fragestellungen wie Migration, Flucht, Behinderung oder sozialer Herkunft. Da die beiden Landeskoordinierungsstellen LSBTIQ\* in Sachsen-Anhalt (siehe Maßnahme 24) aufgrund ihres Auftrags ausschließlich koordinierende, vernetzende, bildende und weitervermittelnde Funktionen wahrnehmen, können sie diese spezifischen Beratungsbedarfe nicht decken. Die Zunahme des Beratungsbedarfs ist unter anderem eine Folge der wachsenden Queerfeindlichkeit. Diese führt bei vielen queeren Menschen zu Zukunftsangst, Perspektivlosigkeit und psychischer Belastung. Gerade trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen benötigen dringend erweiterte, spezialisierte und stabile Unterstützungsstrukturen. Besonders prekär ist die Lage queerer Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung: Zwar existieren einzelne Angebote – etwa durch die Caritas in den ZASt-Standorten Stendal und Halberstadt (landesgefördert) oder das geplante, aber aktuell vakante Projekt „Queer Refugee Support 2025“ des LSVD (BAMF-gefördert) –, doch sind diese räumlich begrenzt, oft schwer erreichbar und mit hohen Zugangsbarrieren verbunden. Rechtlich sind Aufnahmekommunen nicht verpflichtet, queersensible Angebote bereitzustellen – was die Lücke strukturell zementiert.

Vor diesem Hintergrund scheint ein landesweites, digitales Beratungsangebot sinnvoll. Dieses würde einen ortsunabhängigen, niedrighwelligen und datenschutzkonformen Zugang ermöglichen. Zentraler Bestandteil könnte dabei eine qualifizierte Peer-Beratung sein – nicht als informelles Ehrenamt, sondern als professionell ausgestaltetes, hauptamtlich verankertes Format. Entsprechende Modelle sind beispielsweise die landesweite LSBTTIQ-Beratung in Baden-Württemberg<sup>91</sup> oder der bundesweite Queersupport<sup>92</sup>.

---

<sup>90</sup> <https://www.aidshilfesachsenanhalt.nord.de/de/TINAyoung> (letzter Zugriff 5.09.2025)

<sup>91</sup> <https://www.beratung-lsbttiq.net/> (letzter Zugriff 5.09.2025)

<sup>92</sup> <https://queersupport.de/about> (letzter Zugriff 5.09.2025)

ZIEL:

Etablierung eines niedrigschwelligen Online-Beratungsangebots für Geschlechtervielfalt mit besonderen Bedarfen und qualifizierter Peer-Beratung.

KURZFRISTIGE MASSNAHME:

- Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens für ein landesweites Online-Beratungsangebot für queere Menschen mit besonderen Bedarfen inklusive qualifizierter Peer-Beratung sowie Sensibilisierung asylberatender Fachkräfte

LANGFRISTIGE MASSNAHME:

- Etablierung und Verstetigung eines landesweiten Online-Beratungsangebots für geschlechtliche Vielfalt

## 23. Sicherheitskonzepte für queere Veranstaltungen und Organisationen

### SACHSTAND:

In Sachsen-Anhalt sind queere Veranstaltungen und Community-Initiativen in den letzten Jahren zunehmend Ziel rechter Störungen – wie etwa bei CSD-Kundgebungen<sup>93</sup>. Betroffen sind nicht nur Teilnehmende, sondern auch die häufig ehrenamtlich getragenen Organisationen selbst, die mit konkreten Bedrohungen, psychischer Belastung und Ressourcenknappheit konfrontiert sind. Die Angst vor Gewalt führt in Einzelfällen sogar dazu, dass sich Engagierte aus dem öffentlichen Raum zurückziehen – mit gravierenden Folgen für die Sichtbarkeit und Vitalität der Community.

Rechtliche und polizeiliche Rahmenbedingungen wurden inzwischen angepasst: Der Landtag verurteilte die Angriffe auf CSD-Veranstaltungen 2023 ausdrücklich und beschloss am 25. Januar 2024 (Drucksache 8/3669) konkrete Handlungsanweisungen für Polizei und Versammlungsbehörden. Dazu gehören lageangepasste Schutzmaßnahmen, garantierte Erreichbarkeit der Einsatzkräfte für die Community, die Einbindung queerer Ansprechpersonen in Planung und Nachbereitung sowie die unverzügliche Bearbeitung von Straftaten durch Kriminalpolizei und Opferschutz.

Trotz dieser Fortschritte bleibt ein struktureller Handlungsbedarf: Es braucht verbindliche, präventiv ausgerichtete Sicherheitskonzepte, die von und mit der Community entwickelt werden – für Veranstaltungen ebenso wie für Vereine, Beratungsstellen und Treffpunkte. Diese Konzepte müssen objektiven Schutz gewährleisten und zugleich das subjektive Sicherheitsgefühl in der Community stärken, um ein Engagement weiterhin zu ermöglichen.

### ZIEL:

Gewährleistung eines wirksamen Schutzes vor queerfeindlicher Gewalt bei öffentlichen Veranstaltungen und Stärkung der Handlungsfähigkeit queerer Organisationen durch bedarfsgerechte Sicherheitskonzepte.

### KURZFRISTIGE MASSNAHME:

- Partizipativer Workshop mit queeren Organisationen und LSBTTI-Ansprechpersonen der Polizei zur Bedarfserhebung, Erfahrungsaustausch und Entwicklung erster Handlungsoptionen für Sicherheitskonzepte

### LANGFRISTIGE MASSNAHME:

- Entwicklung und Veröffentlichung einer praxisorientierten Vorlage für queere Sicherheitskonzepte (z. B. online), basierend auf den Workshop-Ergebnissen - ergänzt

---

<sup>93</sup> Amadeu Antonio Stiftung (2025): Sicherheitsreport zu rechtsextremen Angriffen auf CSDs 2025

durch die Möglichkeit zur bedarfsgerechten Beratung durch LSBTTI\*-  
Ansprechpersonen der Polizei

## 24. Verstetigung der Landeskoordinierungsstellen LSBTIQ\*

### SACHSTAND:

Die Landeskoordinierungsstellen für LSBTIQ\* (LKSen) wurden im Jahr 2018 eingerichtet, um – wie im Koalitionsvertrag 2016 – 2021 (Z. 1021f<sup>94</sup>) formuliert – eine dauerhafte Netzwerkfunktion zwischen der Landesregierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu übernehmen, die sich mit den Lebensrealitäten und Herausforderungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen befassen. Ihr Auftrag ist es, den fachlichen Austausch zu intensivieren, gesellschaftliche Defizite systematisch zu analysieren und konkrete Handlungsansätze zur Verbesserung der Lebenssituation von queeren Personen zu entwickeln und umzusetzen.

Ausgehend von dieser Kernaufgabe wurden im Norden des Landes die LKS Nord<sup>95</sup> – getragen vom Lesben- und Schwulenverband Deutschland, Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. (LSVD) mit Sitz in Magdeburg – sowie im Süden die LKS Süd<sup>96</sup> – angesiedelt beim Begegnungs- und Beratungszentrum „lebensart“ e.V. in Halle (Saale) – etabliert. Beide Einrichtungen arbeiten zwar regional unterschiedlich, sind aber durch ein gemeinsames Aufgabenprofil verbunden: Sie koordinieren und vernetzen, beraten und verweisen, klären auf, sensibilisieren, leisten Öffentlichkeitsarbeit und erfassen relevante Daten.

Eine externe Evaluation (Oktober 2023 bis Januar 2024) bestätigte die hohe Bedeutung der LKSen für die Umsetzung der landesweiten Gleichstellungspolitik. Gleichzeitig wurde deutlich, dass ihre Wirkung durch strukturelle Engpässe eingeschränkt wird: unzureichende Personalausstattung, fehlende mehrjährige Finanzplanung, verspätete Zuwendungsbescheide sowie ungedeckte Beratungsbedarfe – insbesondere für bisexuelle Menschen, lesbische Frauen, ältere LSBTIQ\*-Personen und LSBTIQ\*-Personen mit Migrationshintergrund. Zudem besteht Handlungsbedarf bei der Erreichbarkeit des ländlichen Raums und der Unterstützung kleiner Initiativen<sup>97</sup>.

Die Evaluationsergebnisse wurden gemeinsam mit der Leitstelle für Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie den beiden LKSen ausgewertet. In diesem Prozess wurde das gemeinsame Aufgabenprofil bestätigt und die regionalen Schwerpunkte wurden präzisiert, um die Arbeit zukünftig noch bedarfsgerechter und wirkungsorientierter auszurichten.

---

<sup>94</sup> Koalitionsvertrag 2016-2021, [https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/StK/STK/Dokumente/Koalitionsvertrag2016-2012.pdf](https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/STK/Dokumente/Koalitionsvertrag2016-2012.pdf) (letzter Zugriff 9.09.2025)

<sup>95</sup> <https://lks-nord.de/> (letzter Zugriff 9.09.2025)

<sup>96</sup> <https://www.bbz-lebensart.de/CMS2021/index.php?page=fachstelle-lks-sued> (letzter Zugriff 9.09.2025)

<sup>97</sup> Masterstudiengang Angewandte Sexualwissenschaft, Institut für Angewandte Sexualwissenschaft (2024) Evaluation der Landeskoordinierungsstellen für LSBTIQ\* Sachsen-Anhalt: Kurzbericht Merseburg 2024, <https://www.ifas-home.de/wp-content/uploads/2024/09/Kurzbericht-FINAL.pdf> (letzter Zugriff 9.09.2025)

Vor diesem Hintergrund ist die Verstetigung und Aufstockung der LKSen eine notwendige Voraussetzung, um ihren gesetzten Auftrag dauerhaft, flächendeckend und bedarfsgerecht erfüllen zu können – und damit die im Koalitionsvertrag 2021–2026 (Z. 3559) bekräftigte Verpflichtung zur Stärkung queerer Lebensrealitäten in Sachsen-Anhalt wirksam umzusetzen.

ZIEL:

Stärkung und Professionalisierung der LKSen als zentrale Anlaufstellen für queere Themen in Sachsen-Anhalt.

KURZFRISTIGE MASSNAHME:

- Verstetigung und Aufstockung der Landeskoordinierungsstellen LSBTIQ\*

## 5. Abkürzungen

ADS	Antidiskriminierungsstelle
ADVD	Antidiskriminierungsverband Deutschland
AFI	Aus- und Fortbildungsinstitut Sachsen-Anhalt
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AgL	Ansprechpartnerinnen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBZ	Begegnungs- und Beratungszentrum „Lebensart“ e. V.
BKA	Bundeskriminalamt
CSD	Christopher Street Day
Drs.	Drucksache
DIMSA	Diskriminierungs-Meldestelle Sachsen-Anhalt
GFMK	Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
HxE	Hilfe zur Erziehung
IFAS	Institut für Angewandte Sexualwissenschaft
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe
KGC	Koordinierungsstelle Genderforschung und Chancengleichheit Sachsen-Anhalt
KgeschESG	Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung
KI	Künstliche Intelligenz
KJHG LSA	Kinder- und Jugendhilfe des Landes Sachsen-Anhalt
KonvBehSchG	Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen
KVN	Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen
KVSA	Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt
Lakog	Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen die in der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätskliniken
LFG	Leitstelle für Frauen- und Gleichstellungspolitik
LIKO	Landeskoordinierungsstelle der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Sachsen-Anhalt
LISA	Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)
LKS	Landeskoordinierungsstelle
LSBTIQ*	Lesben, Schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche, queere und weitere geschlechtliche sowie sexuelle Identitäten
LSBTTI	Lesben, Schwule, bisexuelle, transidente, transgeschlechtliche und intergeschlechtliche Menschen
LSpRT	Lesben- und Schwulenpolitischer Runder Tisch
LSQpRT	Lesben-, Schwulen- & Queerpolitischer Runder Tisch
LSVD	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
LVwA	Landesverwaltungsamt
JvollzuG	Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Justizvollzugsrechts in Sachsen-Anhalt
MB	Ministerium für Bildung
MF	Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt
MI	Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

MID	Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt
MJ	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt
MOB	Mobile Opferberatung
MS	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
MLV	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
MLU	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
MWL	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt
MWU	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt
OdF	Opfer des Faschismus
PrEP	Prä-Expositions-Prophylax
TIAM	Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e.V.
SBGG	Selbstbestimmungsgesetz
Stk	Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt und Ministerium für Kultur
ZASt	Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber